



Special:  
**70 Jahre**  
Ost-Ausschuss

# Mittel- und Osteuropa Jahrbuch 2022

Marktanalysen, Fakten und Trends

# Special: 70 Jahre Ost-Ausschuss

## Partner im Jubiläumsjahr

ADVANT Beiten



CLAAS

Deutsche Bank

eOs



GD Giesecke+Devrient  
Creating Confidence



HEIDELBERGCEMENT



KIRCHHOFF  
AUTOMOTIVE

KLETTGRUPPE

KNAUF

Linde

MANGOLD  
Consulting

METRO

RHENUS  
LOGISTICS

SAP

SIEMENS  
energy

SMS group

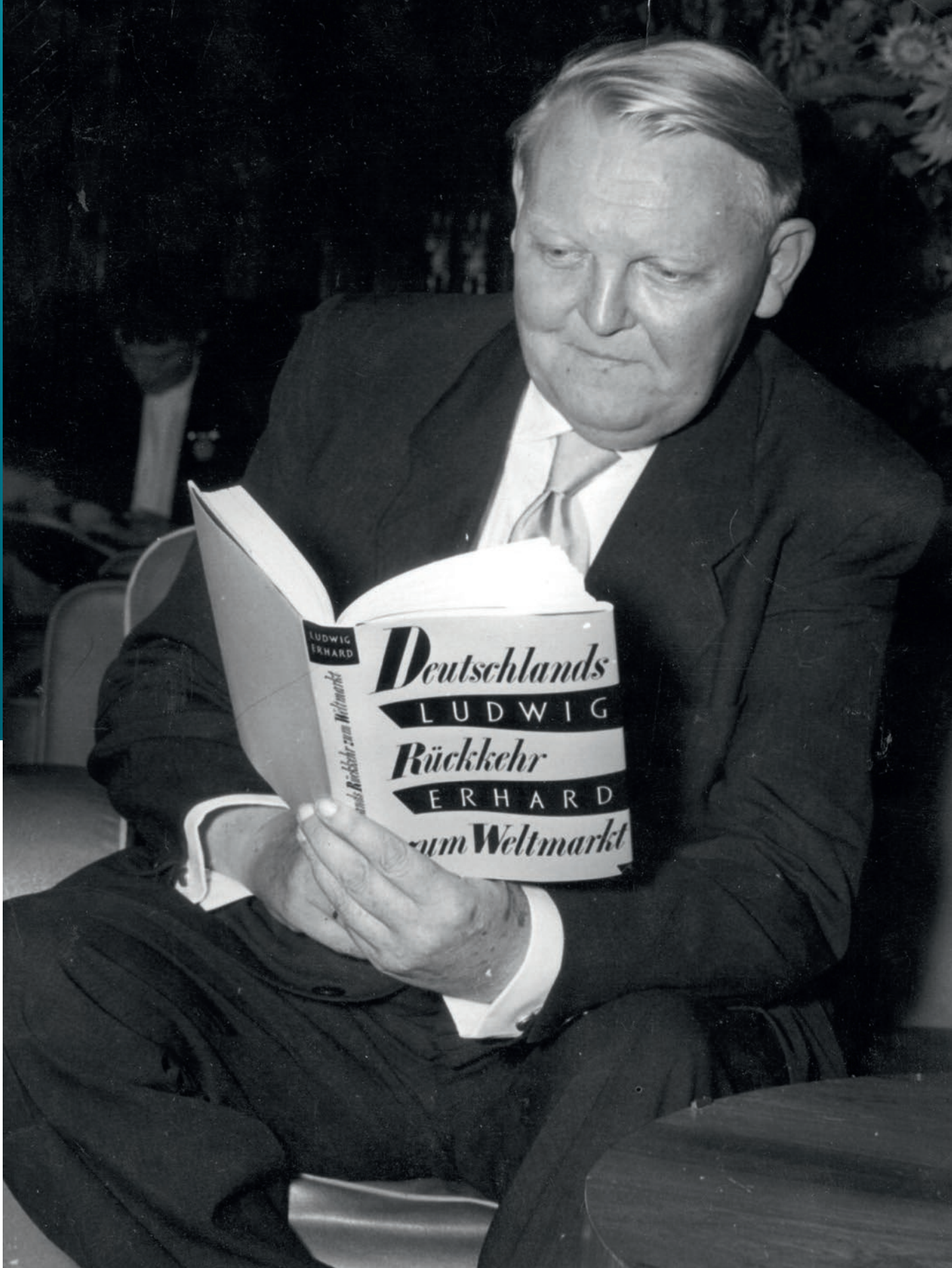
UniCredit

uni  
per

VNG

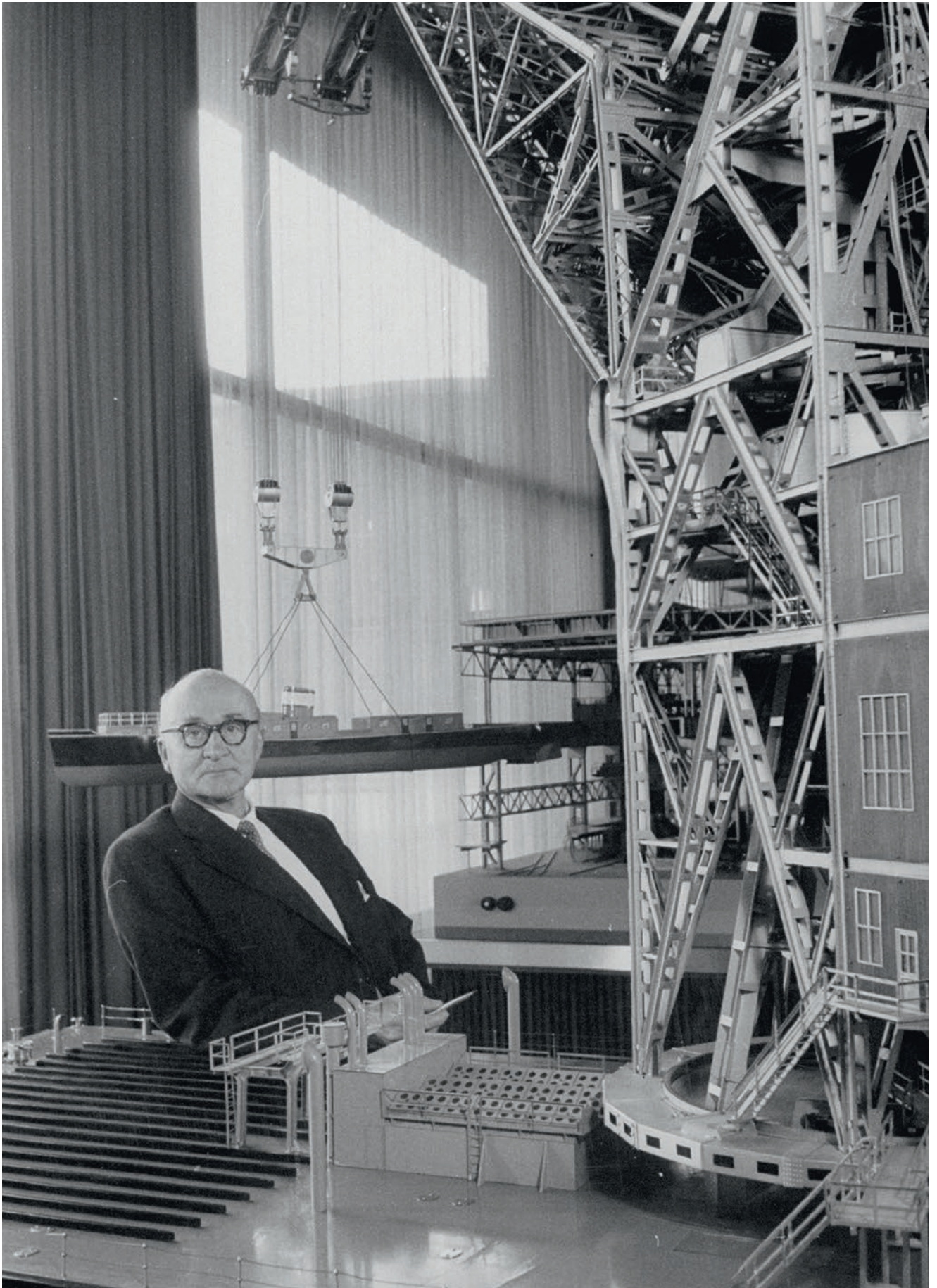
wilo





Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard arbeitete an „Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt“ und gab 1952 den entscheidenden Impuls zur Gründung des Ost-Ausschusses. Foto: IMAGO / ZUMA/Keystone





Hans Reuter (DEMAG) wurde im Herbst 1952 Gründungsvorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Bild: OA-Archiv



# Abenteuer Außenhandel Die Entstehungsgeschichte des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Von Andreas Metz

Der Ost-Ausschuss ist ein Kind des Kalten Krieges. Seine Anfänge vor 70 Jahren fallen mit der deutschen Teilung und der Spaltung Europas in einen marktwirtschaftlich orientierten Westteil und einen staatswirtschaftlichen Ostteil zusammen, die sich zunehmend in politische und wirtschaftliche Konflikte verstrickten. Ausgangspunkt seiner Gründung war die Hoffnung, in einer nach den verheerenden Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges wirtschaftlich noch weitgehend am Boden liegenden Bundesrepublik an alte Glanzzeiten des deutschen Osthandels anknüpfen zu können.

Von „Business as usual“ konnte damals keine Rede sein. Der Ost-West-Handel sei in jenen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein wirkliches „Abenteuer“ gewesen, schreibt Karsten Rudolph in seiner Untersuchung über das damalige Engagement deutscher Industrieller. „Diese Situation machte aus Geschäftsleuten Grenzgänger, aus Unternehmern Außenpolitiker und aus Verbandsvertretern Diplomaten.“<sup>1</sup> „Diplomaten der Wirtschaft“ betitelte Sven Jüngerkes entsprechend seine Ost-Ausschuss-Geschichte, die zum 60-jährigen Geburtstag des Verbandes 2012 erstellt wurde.<sup>2</sup>

Kurz nach Kriegsende hatten am 20. September 1945 die vier Siegermächte den Deutschen gar ausdrücklich jeden Geschäftsverkehr mit dem Ausland verboten. Im April 1947 wurde dann von den Westalliierten die Joint Export Import Agency JEIA eingerichtet, die alle Handelsgeschäfte überwachte und wieder erste Auslandsreisen genehmigte. Die JEIA schloss für die Bizone von Amerikanern und Briten sogar erste Handels- und Zahlungsvereinbarungen mit der Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn, Polen und Jugoslawien ab.<sup>3</sup> Nach Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 übernahm dann zwar das Bundeswirtschaftsministerium die Aufgaben der JEIA, musste aber weiterhin Einschränkungen ihres Außenhandels durch die Alliierte Hohe Kommission beachten.<sup>4</sup>

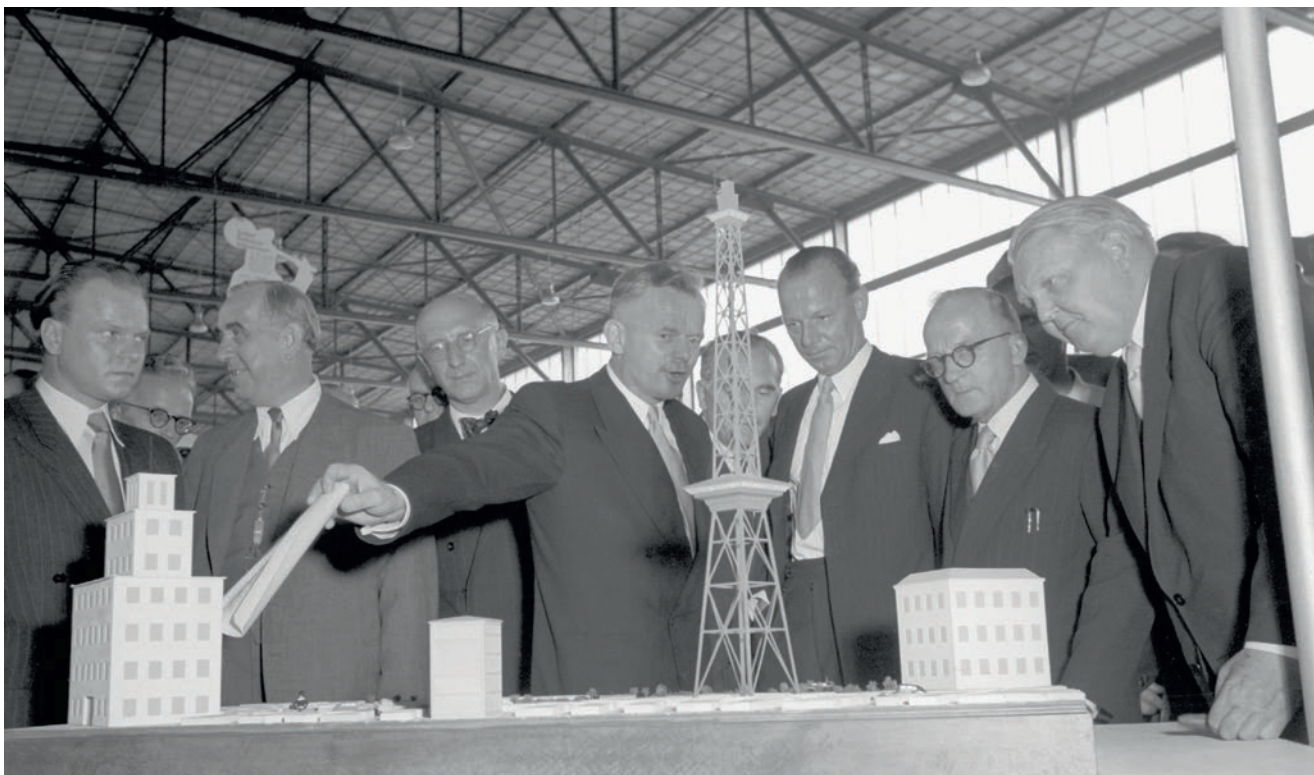
Dazu gehörten nicht zuletzt Embargolisten für den Handel mit Technologiegütern, die ab Ende 1947 für die Sowjetunion und ihre Verbündeten galten.

Zur Kontrolle und Koordinierung dieser Sanktionen unter ihren eigenen Verbündeten richteten die Amerikaner am 22. November 1949 in Paris das Coordinating Committee on Multilateral Export Controls kurz CoCom ein. Für China, in dem von Mao Zedong am 1. Oktober 1949 gerade die kommunistische Volksrepublik ausgerufen worden war, galten noch härtere Handelsauflagen, die das Chin-Com überwachte. Im Pariser Gründungsdokument heißt es: „Es ist Politik der Vereinigten Staaten, ihre wirtschaftlichen Ressourcen und Vorteile im Handel mit kommunistisch beherrschten Staaten zu nutzen, um die nationale Sicherheit und die außenpolitischen Ziele der Vereinigten Staaten zu fördern.“<sup>5</sup> Auf dem Höhepunkt dieser Embargopolitik standen 1953 zwischen einem Drittel und der Hälfte aller international handelbaren Güter auf Verbotslisten.<sup>6</sup>

## Treuhänder von Wirtschaft und Politik

Angesichts dieser komplexen politischen Lage wurde jeder private Handelskontakt mit den Staatswirtschaften jenseits des Eisernen Vorhangs unweigerlich zu einem Politikum. Unternehmer, die hier aktiv wurden, mussten eine besondere Sensibilität für Politik sowie „interkulturelle Kompetenz“ mitbringen – um einen Ausdruck der Gegenwart für eine Zeit zu nutzen, in der Reisen beschwerlich und der Zugang zu Informationen vergleichsweise limitiert war. Westdeutsche Geschäftsleute hatten es in den Ostblockstaaten oder China nicht mit ihresgleichen zu tun, sondern mussten sich gegen staatliche Handelsmonopole behaupten. Dabei waren sie ziemlich auf sich allein gestellt, denn diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik suchte man dort noch





Wirtschaftswunder: Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (rechts) förderte den Osthandel, um die Abhängigkeit von den USA und die Dollar-Lücke im Außenhandel zu verringern. Das Bild stammt vom Internationalen Automobilsalon unter dem Berliner Funkturm Ende 1951. Zweiter von links ist der Regierende Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter. Foto: IMAGO / Future Image

vergebens. In der Heimat wiederum standen westdeutsche Osthändler zwar nicht direkt im Geruch, mit dem Kommunismus zu sympathisieren, konnten aber mit ihren Geschäften schnell in den Verdacht einer Umgehung bestehender Embargo-Auflagen bis hin zum Landesverrat geraten.

Bereits das Führen von Sondierungsgesprächen mit Vertretern sozialistisch-kommunistischer Staaten konnte leicht als Aufwertung der offiziell diplomatisch nicht anerkannten Gegenseite gesehen werden. Kontakte mussten daher einerseits in einem gewissen konspirativen Rahmen ablaufen und als privat deklariert werden, sie mussten aber andererseits möglichst in Abstimmung mit der Bundesregierung und gegenüber den misstrauischen Westalliierten mit einem Mindestmaß an Transparenz geführt werden. Es bedurfte daher einer Schaltstelle, die den am Osthandel interessierten deutschen Unternehmen das Leben erleichterte, zwischen ihnen, den Regierungen der Zielländer und der Bundesregierung vermittelte und dazu von allen drei Parteien akzeptierte Spielregeln aushandelte.

Das Vertrauen einer der Seiten zu verlieren, hätte dieses Gremium sofort dysfunktional gemacht. Der Begriff der Lobbyorganisation, der in Zusammenhang mit dem Ost-Ausschuss gelegentlich verwendet wird, greift daher viel zu kurz. Der Ausschuss musste vielmehr ein ehrlicher Makler oder dreifacher Treuhänder sein: zugleich Interessenvertreter der Wirtschaft gegenüber der Politik, aber genauso auch respektierter und diplomatisch bewandeter Sachwalter der Bundesregierung gegenüber der deutschen Wirtschaft und den ausländischen Regierungen, mit denen er Projekte besprach und Verträge aushandelte. Deshalb war es wichtig, dass sich der Ost-Ausschuss parteipolitisch neutral verhielt, sich nicht direkt an Geschäften beteiligte und auch keine Provisionen mit

seiner Arbeit verdiente. Dies hätte den Ausschuss abhängig gemacht und die fragile Balance gestört. Von Seiten der Wirtschaftsverbände und den beteiligten Unternehmern wurde zudem darauf geachtet, dass der Ost-Ausschuss die ganze Breite der deutschen Wirtschaft abbildete und die Spitzenvertreter ihre exklusiven Zugänge nicht etwa nur für einzelne Branchen oder gar zu ihrem eigenen Vorteil gebrauchten. Auf allen Ebenen war also Diplomatie auf höchstem Niveau gefordert. Angesichts dieser Komplexität der Aufgaben, die erst im Laufe seiner Entstehungsgeschichte so richtig klar wurde, wundert es wenig, dass sich die Gründung des Ost-Ausschusses drei Jahre von Ende 1949 bis Ende 1952 hinzog.

Nachdem es zum Ende des Zweiten Weltkrieges in den USA ernstzunehmende Überlegungen gegeben hatte, das besiegte Nazi-Deutschland für immer ökonomisch so weit zu schwächen, dass von ihm keine Kriegsgefahr mehr ausgehen könnte (Morgenthau-Plan), wandelte sich unter dem Eindruck wachsender Spannungen mit der Sowjetunion und angesichts des verheerenden Hungerwinters 1946/47 die Stimmung. Der kälteste Winter des 20. Jahrhunderts in Europa kostete Millionen Menschen das Leben. Allein in Deutschland soll es mehrere hunderttausend, in der Sowjetunion bis zu zwei Millionen Opfer gegeben haben.

Um in ganz Europa die kriegsversehrte Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wurde auch eine funktionierende deutsche Industrie gebraucht, so der neue Ansatz. Die kurze Zeit der Fabrikdemontagen in Westdeutschland endete. Der „European Recovery Plan“, nach dem US-amerikanischen Außenminister kurz „Marshallplan“ genannt, wurde zum entscheidenden Impuls für den Wiederaufbau Europas.

Die im Marshallplan vorgesehenen Hilfsleistungen bestanden zu einem großen Teil aus Krediten sowie Lieferungen von Roh-



stoffen, Lebensmitteln und Industriegütern. Es ging in erster Linie um Hilfe zur Selbsthilfe. Unterstützungsleistungen wurden an Bedingungen geknüpft, die auch im Interesse der US-Wirtschaft lagen: Handelshemmnisse mussten abgebaut, Währungen stabilisiert und zwischenstaatliche Kooperationen zwischen ehemaligen Kriegsgegnern ausgebaut werden. Flankiert wurde der Marshallplan durch die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die am 16. April 1948 in Paris ihre Arbeit aufnahm und deren große Bedeutung für das Entstehen einer europäischen Gemeinschaft heute zu Unrecht etwas in Vergessenheit geraten ist.

Der Marshallplan bzw. seine Ablehnung durch die Sowjetunion stellte die Weichen für die wirtschaftliche Spaltung Europas. Verschiedene Wirtschaftssysteme – Marktwirtschaft im Westen, staatliche Kommandowirtschaft im Osten – begannen sich auf ihre jeweilige Art zu konsolidieren. Während im Osten Deutschlands die Fabrikdemontagen noch Jahre weitergingen und Industriebetriebe und die Landwirtschaft zwangskollektiviert wurden, entstand in Westdeutschland der „Rheinische“ Kapitalismus, bei dem Unternehmer und Politik in engem Austausch mit Verbänden und Gewerkschaften agierten.

Die Einführung der D-Mark am 21. Juni 1948 in den von den USA, Großbritannien und Frankreich kontrollierten deutschen Besatzungszonen und drei Tage später in den drei Westsektoren

Berlins manifestierte den wirtschaftlichen Bruch auf deutschem Territorium. Die Reaktion folgte unmittelbar: Mit der Abriegelung West-Berlins am 24. Juni 1948 begann die Sowjetunion einen Wirtschaftskrieg und testete die Entschlossenheit der westlichen Besatzungsmächte, ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auch unter Inkaufnahme hoher eigener Kosten zu verteidigen. In West-Berlin waren über Nacht 2,2 Millionen Menschen und rund 22.000 westliche Soldaten von den Nachschubwegen durch die sowjetisch besetzte Zone abgeschnitten. Doch die West-Alliierten und die Berliner-Bevölkerung hielten stand. Mit insgesamt 280.000 Flügen wurden 2,2 Millionen Tonnen an Versorgungsgütern in die Inselstadt West-Berlin transportiert, mindestens 150 Menschen, darunter 101 US-Amerikaner starben bei Flugunfällen. Am 12. Mai 1949 lenkten die Sowjets ein und hoben die Berlin-Blockade auf. Der massive Druck aus Richtung Osten hatte in Stalins Sinne kontraproduktiv gewirkt. Der gemeinsame Feind half dabei, dass sich Kriegsgegner von einst enger zusammenschlossen. Nur elf Tage nach Aufhebung der Berlin-Blockade wurde am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

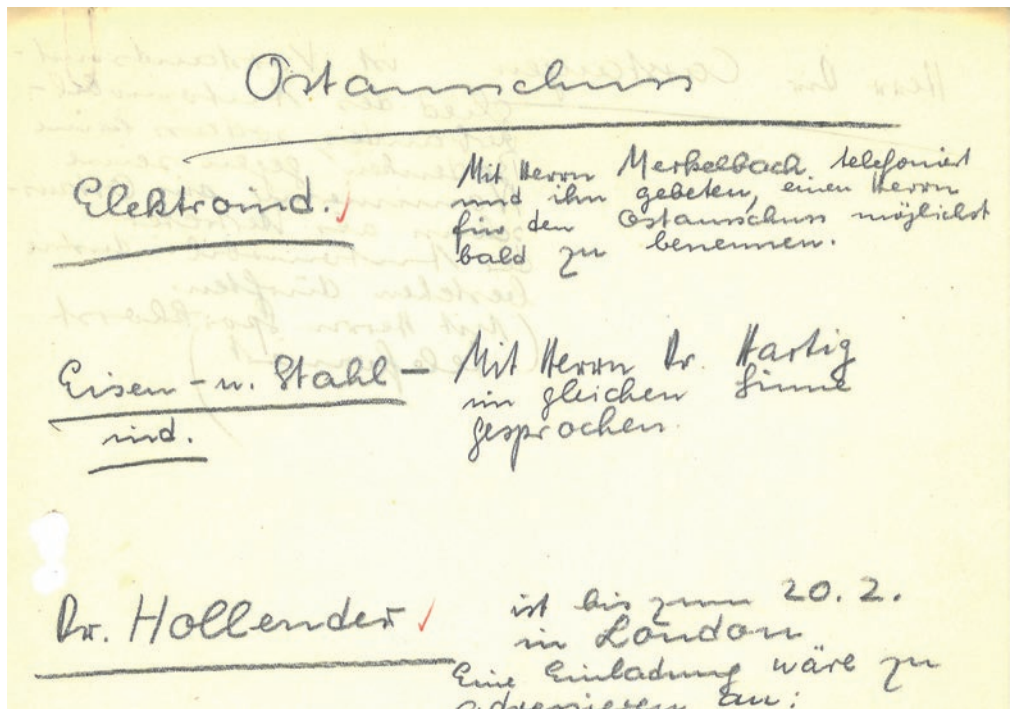
Wenige Wochen später testete die Sowjetunion am 29. August 1949 in Semipalatinsk erfolgreich ihre erste eigene Atombombe. Die Gefahr eines Vernichtungskrieges auf deutschem Boden und in Europa wurde damit für über 40 Jahre zur realen Gefahr. Zu einem Krieg kam es tatsächlich, allerdings auf der anderen Seite

Stunde Null in Deutschland. Ein Soldat schaut auf das Trümmermeer von Köln. Er steht Wache vor der Militäradministration im Kaiser-Wilhelm-Ring 2-4. Nach der Einnahme der Stadt im März 1945 kontrollierten die US-Amerikaner und kurz darauf die Briten von hier aus die Stadt und ihre weitere Umgebung. Später nahm hier die Ost-Ausschuss-Geschäftsstelle ihren ersten Sitz. Fotos: NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und „National Archives and Records Administration, Washington D.C.“





Handschriftliche Notizen vermutlich von Edgar H. P. Meyer von Ende 1949/Anfang 1950, mit denen erste Überlegungen zur Besetzung eines Ost-Ausschusses angestellt wurden. In: RWVA 175-2-3



der Erdkugel in Korea. Dort gab es nach Ende des Zweiten Weltkrieges ebenfalls ein geteiltes Land, mit einem kommunistisch beherrschten Norden und einem amerikanisch kontrollierten Süden. Im Sommer 1950 versuchten von der Sowjetunion militärisch unterstützte Nordkoreaner das gesamte Land zu erobern. Als die Niederlage der Südkoreaner bereits festzustehen schien, wendete sich durch eine Armee der Vereinten Nationen unter Führung der USA das Blatt. Diese drängte die Nordkoreaner weit zurück nach Norden, bis der Kriegseintritt „Rot-Chinas“ unter Mao Zedong schließlich das Momentum nochmals drehte. Es kam zu einem Stellungskampf rund um den 38. Breitengrad, der dann 1953 zur bis heute existierenden Waffenstillstandslinie wurde. Bis dahin kostete der Krieg 940.000 Soldaten und drei Millionen Zivilisten das Leben.

Angesichts dieser weltpolitischen Lage im Kalten Krieg und im Bewusstsein eines immer existenzieller werdenden Konflikts zwischen demokratisch legitimierten Marktwirtschaften und kommunistisch-diktatorischen Staatswirtschaften erscheint die deutsche Idee der Gründung eines Ausschusses zur Verbesserung wirtschaftlicher Kontakte mit der Sowjetunion, ihrer osteuropäischen Satellitenstaaten und „Rot-China“ einerseits geradezu wahnwitzig, andererseits aber auch naheliegend zu sein. Deutschland war ein Hauptaustragungsort der Ost-West-Konfrontation. Der „Eiserne Vorhang“ trennte jetzt die westdeutsche Wirtschaft von Märkten ab, die Ende der 1920er Jahre den deutschen Export am Laufen und das rohstoffarme Land in Gang hielten. Wollte die junge Bundesrepublik wirtschaftlich gesunden und nach dem Auslaufen der Marshallplan-Hilfen Ende 1952 fest auf eigenen Beinen stehen, durfte sie sich nicht allein von den Westmärkten abhängig machen.

Hinzu kam eine politisch-strategische Überlegung, die unter den pragmatisch denkenden Unternehmern damals nach Aktenlage keine Rolle spielte, auf die aber politische Vertreter früh ihre Hoffnungen setzten: Wirtschaftliche Kontakte könnten zu Wegbereitern politischer Entspannungsprozesse werden. Auch die Hoffnung, mit wirtschaftlichen Zugeständnissen Verbesserungen in humanitären

Fragen zu erreichen, spielte in der Bundesregierung früh eine Rolle. Fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges saßen immer noch zehntausende deutsche Soldaten in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern ein und in ganz Osteuropa hofften Angehörige der deutschen Minderheit auf Möglichkeiten zur Ausreise.

### Beginn einer langen Reise

Es ist gar nicht so einfach die Geburtsstunde des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft genau zu bestimmen, im Grunde müsste man eher von Geburtsmonaten oder gar Jahren sprechen: Grünes Licht für die Ausschuss-Gründung gab Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard in einer gemeinsamen Sitzung mit einigen Unternehmens- und Verbandsvertretern am 9. Oktober 1952 in Bonn. Der Vorsitz des Ausschusses fiel an diesem Tag spontan dem Unternehmer Hans Reuter zu. Die konstituierende Sitzung der wichtigsten Ost-Ausschuss-Gremien fand dann aber erst am 17. Dezember 1952 in Köln statt. Und die eigentliche Gründungs-idee war zu diesem Zeitpunkt sogar schon drei Jahre in der Welt.

Der Ost-Ausschuss war also alles andere als eine leichte Geburt. Das lag an den beschriebenen Zeitumständen und an der Komplexität der Aufgaben im Grenzbereich von Wirtschaft und Politik. Diese Position verhilft ihm zu einer Ausnahmestellung in der deutschen und europäischen Wirtschaftsgeschichte. Gründerväter (es waren wirklich nur Väter) gibt es zahlreiche, sowohl aus der Wirtschaft als auch aus der Politik. An der Entstehung des Ost-Ausschusses beteiligt waren in dieser Reihenfolge: die Mitglieder des „Außenhandelsausschusses industrieller Verbände“ (AIV), der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Außenhandelsfragen Christian Kuhlemann (Deutsche Partei), der für Ost-West-Handel zuständige Gesandte des Bundeswirtschaftsministeriums Hans Kroll, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Wilhelm Beutler, Unternehmer wie Gerhard Schauke (Mannesmann-Export GmbH), Wilhelm Alexander Menne (Hoechst AG), der Bremer Senator Hermann Wenhold (DIHT) und letztlich „Mister Wirtschaftswunder“ Ludwig Erhard höchstpersönlich.



Erste Sitzung des BDI-Außenhandels-Ausschusses 1951 im Haus der Eisenhüttenleute in Essen. Bis dahin nannte sich das Gremium aus Verbandsvertretern noch Außenhandelsausschuss Industrieller Verbände AIV. Der AIV hatte Ende 1949 die Idee zur Ost-Ausschuss-Gründung aufgebracht. Die beiden Herren in der Bildmitte sind der Ausschuss-Vorsitzende Dr. Wilhelm R. Mann (links) und der Geschäftsführer Edgar H.P. Meyer. Letzterer trieb die Ost-Ausschuss-Gründung tatkräftig voran. Foto: BDI-Archiv, SF 494\_003 A, C. A. Stachelscheid, Düsseldorf-Presserhaus



Die entscheidenden Fäden in die verschiedenen Richtungen spannen und verknüpfen aber mit großem Geschick zwei Mitarbeiter des Ende 1949 in Köln gegründeten Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der dort im Kaiser-Wilhelm-Ring 2-4 auch seine ersten Büroräume bezog: der für Außenwirtschaft zuständige BDI-Abteilungsleiter Edgar H.P. Meyer und der ihm zugeordnete Referent Karl-Wilhelm von Carnap.

Die pralle Akte zur Vorgeschichte des Ost-Ausschusses mit der Nummer 175-2-3, die Mitarbeiter des BDI zusammengestellt haben und die heute im Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv (RWWA) einsehbar ist, enthält ca. 450 Seiten mit Briefwechseln, Telegrammen, Gesprächsnotizen, vertraulichen Vermerken, Konzeptentwürfen und Namenslisten. Alle Verbände, die das wirtschaftliche Rückgrat der jungen „Sozialen Marktwirtschaft“ bildeten, viele Unternehmer und Unternehmen von Rang und Namen treten hier in Erscheinung, zusammen mit allen wichtigen deutschen Wirtschaftspolitikern und Verbandsvertretern dieser Zeit.

Trotz der recht umfangreichen Quellenlage und diverser Forschungsarbeiten zum Thema<sup>7</sup>, aus denen diese Analyse schöpfen kann, lassen sich nicht alle Fragezeichen um die Ost-Ausschuss-Entstehung beseitigen. So bleibt spekulativ, warum bereits Ende 1949 der Außenhandelsausschuss Industrieller Verbände bei seinem Geschäftsführer Edgar H.P. Meyer eine Vorschlagsliste für die Besetzung des Ost-Ausschusses anforderte, die dieser unter dem Datum 4. Januar 1950 auch erstellte, die für den 3. März 1950 geplante Ausschussgründung dann aber kurzfristig abgesagt wurde. In einem Anschreiben zum Protokoll der Sitzung teilte Meyer lakonisch mit, dass die Ost-Ausschuss-Idee „aus Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, die aber im Wesentlichen in der Gefahr des Mißverstehens auf der politischen Ebene liegen“ zunächst aufgegeben worden sei. Ob es da eine direkte politische Intervention gegeben hatte, kann nur vermutet werden. In einem Schreiben, das fast ein Jahr später am 23. Januar 1951 erstellt wurde, bedauert Meyer vielsagend, dass man „im Bestreben den Osthandel zu aktivieren immer wieder durch die politische Entwicklung gehemmt“ worden sei<sup>8</sup>.

Von diesem Edgar H.P. Meyer wissen wir heute praktisch nichts mehr, es gibt lediglich die Angabe eines längst verstorbenen Zeitzeugen, er sei jüdischen Glaubens gewesen<sup>9</sup>. Auch von seiner rechten Hand Karl-Wilhelm von Carnap sind nur die reinen Funktionsbezeichnungen im BDI-Organigramm überliefert, die Personalakten wurden längst vernichtet.

Die Gründung des Ost-Ausschusses ist also am 3. März 1950 ein erstes Mal gescheitert. Dass dennoch die dringende Notwendigkeit zur Belegung des Osthandels bestand, diesbezüglich war sich der Teilnehmerkreis der Sitzung, darunter Vertreter von BASF, Bayer, AEG, MAN, DEMAG, Klöckner, Mannesmann AG, Otto Wolff und Ferrostaal AG, völlig einig. Das Hauptreferat in der Sitzung zum Osthandel hielt der Hauptgeschäftsführer der „Vereinigung deutscher Maschinenbau-Anstalten“ (VDMA) Karl Lange. Die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Ländern Ost- und Südosteuropas sei „eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft“, sagte dieser und rechnete vor, dass vor dem Zweiten Weltkrieg bis zu 34 Prozent der Gesamteinfuhren der Ostländer aus Deutschland stammten. „Wir waren für die Ostländer der wichtigste Lieferant von Fertigerzeugnissen und gleichzeitig ihr bester Abnehmer für Rohstoffe und Nahrungsmittel.“ Anstelle des Ost-Ausschusses wurden in Köln dann kleinere Brötchen gebacken. Man einigte sich darauf, erst einmal nur ein „Ost-Referat“ im BDI einzurichten.<sup>10</sup>

Welche politische Entwicklung könnte die Wirtschaftsvertreter damals zum Zögern veranlasst haben? Historisch verbürgt ist, dass am 11. Februar 1950 mit einem Schreiben des republikanischen Senators Joseph McCarthy an US-Präsident Harry Truman<sup>11</sup>, in dem McCarthy von 57 kommunistischen Sympathisanten im US-Außenministerium sprach, die Paranoia vor einer kommunistischen Unterwanderung des Westens gerade hohes Tempo aufnahm. In den USA wurde in dieser Zeit der Blick auf Handelsbeziehungen der Verbündeten mit dem Ostblock von Woche zu Woche kritischer. Es setzten scharfe Angriffe in der amerikanischen Öffentlichkeit gegen verschiedene westeuropäische Staaten ein, weil diese durch ihren anhaltenden Export von stra-

tegischen Gütern in die Sowjetunion die „Kriegsvorbereitungen“ der kommunistischen Welt unterstützen würden. In den Mittelpunkt der Kritik rückte neben Frankreich und England auch die Bundesrepublik, obwohl der Osthandel zu dieser Zeit im geteilten Deutschland objektiv gesehen nur noch ein Schatten seiner selbst war. Es kam sogar vor, dass die wenigen Güter, die über die bayerisch-tschechische Grenze ausgeführt werden sollten, von amerikanischer Militärpolizei trotz vorliegender Genehmigungen festgehalten wurden.<sup>12</sup>

Eine Organisation zur Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen mit kommunistischen Staaten in einer solchen Zeit zu gründen, war definitiv kein leichtes Unterfangen. Und ohne intensive politische Absicherung würde diese Idee krachend scheitern, das muss allen Beteiligten letztlich klar geworden sein. Dass diese Einsicht verspätet kam, mag daran gelegen haben, dass die Idee des Ost-Ausschusses an ein historisches Vorbild anknüpfen wollte, das in Teilen der Wirtschaft offenbar einen legendären Ruf genoss.

### Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft

Dass ein kapitalistisches Deutschland mit kommunistischen Systemen trotz ideologischer Gegensätze Handelsgeschäfte zum beiderseitigen Vorteil durchführen konnte, war 1950 keine graue Verbandstheorie, sondern fußte auf den praktischen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem als hart empfundenen Versailler Vertrag suchte die junge Weimarer Republik Anfang der 1920er Jahre verzweifelt nach Partnern, die Deutschland aus der internationalen Ächtung herausführen konnten und als Wirtschaftspartner keine politischen Bedingungen stellen.

Die junge Sowjetunion befand sich nach der Oktoberrevolution 1917 und den Jahren des Bürgerkriegs in einer vergleichbar isolierten Lage. Deutsch-russische Handelsbeziehungen und Verträge hatte es schon in der Kaiserzeit gegeben<sup>13</sup>. Die gemeinsame Wirtschaftsgeschichte reicht sogar 1.000 Jahre bis in die Frühzeit der Hanse zurück, als bereits im Nowgoroder Hansekontor westliche Ware (Tuch, Wein und Glas) gegen russische Rohstoffe (Pelze, Honig, Wachs) getauscht wurden. Dass beide Länder noch im Ersten Weltkrieg erbittert gegeneinander gekämpft hatten und am Beginn der Weimarer Republik während der Novemberrevolution 1918 nur mit knapper Not und unter Einsatz von massiver Gewalt eine kom-

munistische Machtübernahme verhindert werden konnte, stand einer Zusammenarbeit drei Jahre später offenbar nicht im Wege.

Am 6. Mai 1921 richtete die Sowjetunion ein Handels- und Wirtschaftsbüro in Berlin ein.<sup>14</sup> Knapp ein Jahr später folgte am 16. April 1922 die Unterzeichnung des berühmt-berüchtigten Vertrags von Rapallo, mit dem Deutschland und die Sowjetunion gegenseitig auf Kriegsreparationen verzichteten, eine Intensivierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen vereinbarten, die jeweilige Isolation durchbrachen und damit Nachbarstaaten wie Polen und Frankreich in Alarmstimmung versetzten.

Bereits in dieser Frühphase der Weimarer Republik wurden von deutscher Seite mit der Aufnahme von Handelsbeziehungen nicht nur materielle Vorteile, sondern auch politische Hoffnungen verbunden. In einem Standardwerk aus dem Jahr 1921 über die Geschichte der Deutsch-Russischen Handelsbeziehungen<sup>15</sup>, empfiehlt Dr. Ludwig Lehrfreund, dass „man dem russischen Volke nur helfen könne, indem man es aus seiner Isolierung reißt und in wirtschaftliche Beziehungen zu ihm tritt. Je reger sich diese gestalten werden, desto kleiner wird der Nimbus des russischen Bolschewismus im Ausland und desto größer das Bewusstsein seiner Unzulänglichkeit im Inland.“

Dieses Konzept einer „Entbolschewisierung“ Russlands durch wirtschaftliche und kulturelle Kontakte verfolgte in der Weimarer Zeit auch der einflussreiche Außenminister und Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann. In einem Gespräch mit seinen britischen und französischen Kollegen Austen Chamberlain und Aristide Briand am 14. Juni 1927 erklärte Stresemann, dass er „jede Idee eines Kreuzzuges gegen Rußland“ für „töricht und unsinnig“ halte. Man müsse vielmehr Russlands Wirtschaft „so eng mit dem kapitalistischen System der westeuropäischen Mächte“ verknüpfen, dass der Weg für eine Evolution in Russland geebnet werde.<sup>16</sup> Kurz gesagt: „Wandel durch Handel“ in seiner frühesten Ausprägung.

Unter diesen Vorzeichen erlebten die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich einen bemerkenswerten Aufschwung. Anfang der 1920er Jahre existierte beim Reichsverband der Deutschen Industrie, dem BDI-Vorläuferverband, ein Deutsch-Russischer Ausschuß, der 1928 breiter aufgestellt und entsprechend in Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft umbenannt wurde. Ihm gehörten Vertreter interessierter Wirtschaftsverbände sowie „Firmen der Industrie, des Handels, des



Die Firma Otto Wolff engagierte sich in den 1920er und 1930er Jahren im Russland- und im China-Geschäft. Firmengründer Otto Wolff Senior war auch im damaligen Rußlandausschuß aktiv. Foto: Wikimedia Commons – Fotoatelier Hermann Walter Leipzig



# Ernteerfolg ist immer eine Frage guter Zusammenarbeit.

Um nachhaltig und wirtschaftlich ernten zu können, ist Teamgeist gefragt. Alle beteiligten Systeme kommunizieren miteinander und tauschen Informationen über Standort, Systemzustand und vieles mehr aus. Der Landwirt hat dabei alles in Echtzeit per Smartphone im Blick und kann jederzeit eingreifen. Gute Erntehelfer sprechen eben miteinander.





Bankgewerbes sowie der Schifffahrt und der Spedition“ an<sup>17</sup>. Insbesondere deutsche Industriebarone wie Krupp, Klöckner, von Borsig oder der Metallhändler Otto Wolff – Vater von Otto Wolff von Amerongen – engagierten sich hier. Dieser Rußlandausschuß diente den Unternehmern dazu, den sowjetischen Staatshändlern auf Augenhöhe entgegenzutreten und festgelegte Liefer- und Zahlungsbedingungen für alle Unternehmen durchzusetzen. Der Ausschuss hat sich sogar zu einem „Hilfsorgan der Reichsregierung“ entwickelt und 1931/32 selbsttätig völkerrechtlich verbindliche Wirtschaftsvereinbarungen ausgehandelt.<sup>18</sup>

Seine kurze Blütezeit erlebte der Ausschuss, der sogar verschiedene Zeitschriften herausgab und dem mehr als 900 Mitglieder angehört haben sollen, mit dem ersten Fünfjahresplan der Sowjetunion (1928-1932). Das riesige, agrarisch geprägte Land strebte eine rasche Industrialisierung an und versprach den Deutschen gute Geschäfte. 1931 reiste eine 18-köpfige Industriedelegation<sup>19</sup> um den Großindustriellen Peter Klöckner nach Moskau und brachte nach 14 Tagen Interessensbekundungen für Aufträge in Höhe von mehr als zwei Milliarden Mark aus der Sowjetunion mit. Mit in der Delegation: Wolfgang Reuter, Generaldirektor der DEMAG, dessen Sohn Hans Reuter als erster Vorsitzender des Ost-Ausschusses von sich reden machen würde. Die finalen Verhandlungen über den bilateralen Handelsvertrag fanden vom 10. bis zum 14. April 1931 in Berlin statt. Zu den drei deutschen Unternehmern, die den Vertrag unterzeichneten, gehörte wiederum

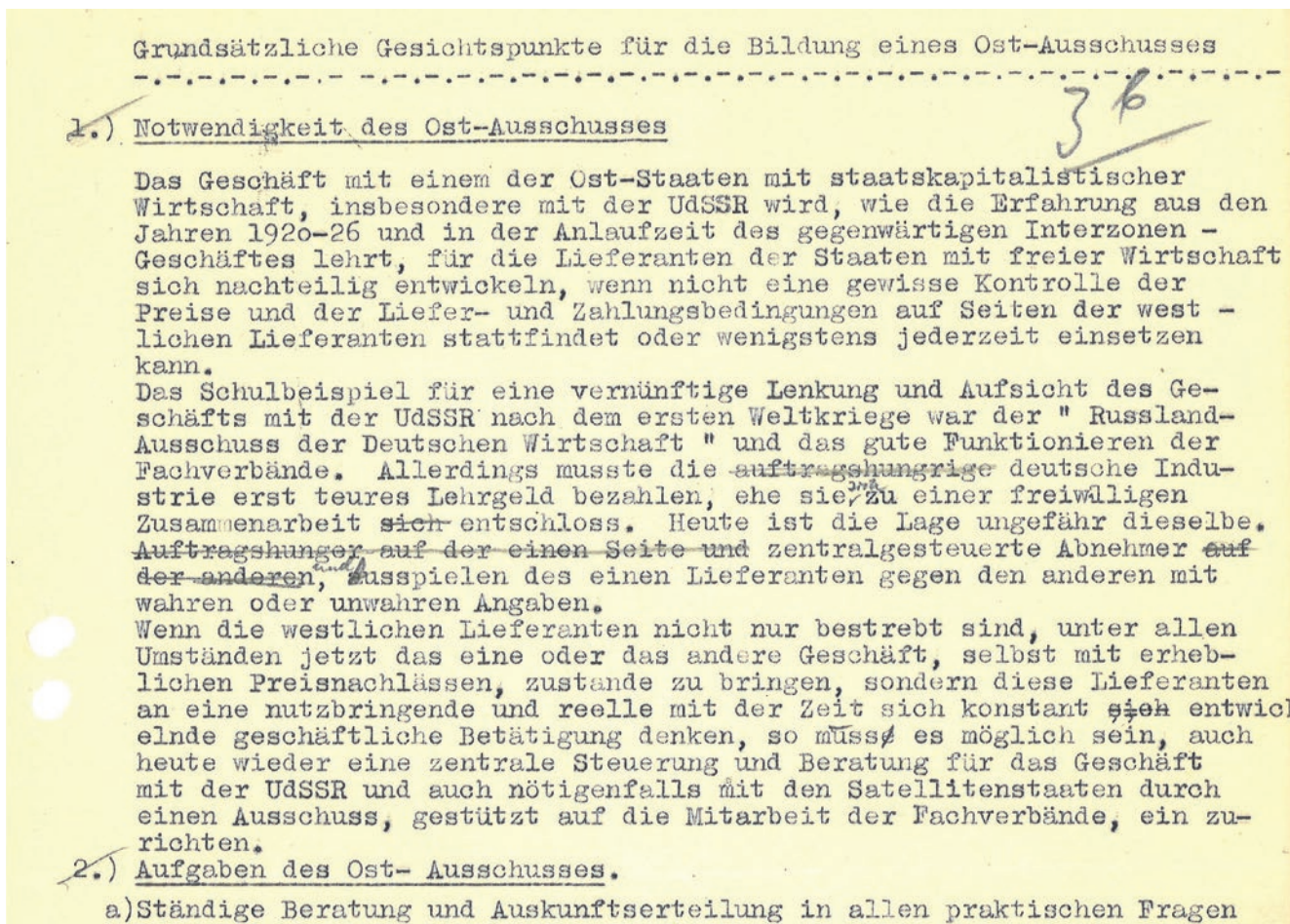
Wolfgang Reuter. Als Vertreter der Sowjetregierung unterschrieb das Präsidialmitglied des Obersten Volkswirtschaftsrates Georgi Leonidowitsch Pjatakow, nach dem das Dokument als Pjatakow-Vertrag in die Wirtschaftsgeschichte einging.<sup>20</sup>

Angesichts der tiefen Erschütterungen durch die Weltwirtschaftskrise mit über sechs Millionen Arbeitslosen in Deutschland rettete dieses Sowjetgeschäft nicht wenigen Unternehmen die Existenz. Elf Prozent der gesamten deutschen Ausfuhren gingen 1931 in die Sowjetunion. Allein die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie lieferte 36 Prozent ihrer Exportproduktion bei den Kommunisten ab, für die elektrotechnische Industrie waren es immerhin noch über 20 Prozent.<sup>21</sup>

Laut Hans-Jürgen Perrey soll es 1930 sogar einen Versuch des Auswärtigen Amtes gegeben haben, den Rußlandausschuss schon damals zu einem „Ost-Ausschuss“ weiterzuentwickeln<sup>22</sup>. Nach 1933 war es mit den Freiheiten der Industriellen und der Bedeutung des Rußlandausschusses allerdings vorbei. Die Nazis schalteten das Gremium gleich. Die Sowjetunion wurde zum ideologischen Hauptgegner<sup>23</sup>. Anstelle von Handel ging es den Nazis um Eroberung von „Lebensraum im Osten“. Spätestens mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 hatte sich das Thema Rußlandausschuß erledigt.

Als es Ende 1949 im „Außenhandelsausschuss Industrieller Verbände“ darum ging, den Osthandel wieder zu beleben, erinnerten sich offensichtlich noch Unternehmer und Verbandsvertre-

Der frühere Geschäftsführer des Rußlandausschusses Gerhard Schauke erstellte Anfang 1950 ein Exposé zu den Aufgaben eines Ost-Ausschusses. In: RWWA 175-2-3.





ter an das Gremium. Es muss der Vorschlag aufgekommen sein, sich die Strukturen des Rußlandausschusses näher anzusehen und daraus für eine institutionelle Neuaufstellung des deutschen Osthandels zu lernen. Ausschuss-Geschäftsführer Edgar H.P Meyer machte daraufhin tatsächlich den früheren Geschäftsführer des Rußlandausschusses Gerhard Schauke in Berlin-Grünwald, Menzelstrasse 9, ausfindig. Dieser war mittlerweile Geschäftsführer der Mannesmann-Export GmbH.

Meyer muss Schauke um die Jahreswende 1949/50 in Berlin getroffen haben und schrieb ihn daraufhin am 2. Februar 1950 im Hinblick auf die geplante Ost-Ausschuss-Gründungssitzung am 3. März mit der Bitte an, ein Konzept für eben diesen Ost-Ausschuss zu erstellen. Der Experte lieferte mit Schreiben vom 8. Februar 1950 ein zweiseitiges Exposé mit dem Titel „Grundsätzliche Gesichtspunkte über die Bildung eines Ost-Ausschusses“ und legte eine einseitige Anlage mit dem Titel „Zusammensetzung des Ost-Ausschusses“ dazu<sup>24</sup>. Schauke empfahl darin die Einrichtung eines „Beirats“ aus neun Mitgliedern inklusive Vorsitzender und Stellvertreter, dazu einen Vorstand bestehend aus insgesamt 36 Repräsentanten von 13 Branchenverbänden, sowie eine Mitgliederversammlung und eine Geschäftsführung. Auch wenn man später andere Namen für die Gremien wählte, lässt sich diese vierteilige Grundstruktur bis heute im Ost-Ausschuss wiederfinden.

Inhaltlich sollte der Ost-Ausschuss nach Schaukes Vorschlag eine zentrale Steuerung und Beratung für das Geschäft mit der UdSSR und ihren „Satellitenstaaten“ leisten und verhindern, dass deutsche Unternehmen von den Vertretern der Staatswirtschaften gegeneinander ausgespielt wurden. Es ging um Schiedsgerichtsvereinbarungen und die Festlegung von Liefer- und Zahlungsbedingungen. Die Tätigkeit des Ost-Ausschusses sollte laut Schauke so weit gehen, den Unternehmen individuelle Tipps für ihre Verhandlungsführung zu geben, Hilfe bei Werbung und Dolmetschertätigkeiten bereitzustellen, aber auch die Arbeit der Unternehmen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu sanktionieren. In dieses Tagesgeschäft der Unternehmen und die Rolle eines „Zuchtmeisters“ hat sich der spätere Ost-Ausschuss dann aus guten Gründen nicht hineinbegeben. Auch der von Schauke wegen der Nähe zum Osten empfohlene Dienstsitz Berlin kam erst einmal nicht in Frage, die Entfernung zur Bundesregierung in Bonn wäre damit auch zu einem ständigen Problem geworden.

Andere Vorschläge fielen hingegen auf fruchtbaren Boden. Dazu gehörte neben der Gremienstruktur und der Aufgabe, den Unternehmen allgemeine Wirtschafts- und Landesinformationen an die Hand zu geben, auch eine starke Stellung der Geschäftsführung<sup>25</sup>. Schauke setzte sich zudem dafür ein, dass der Ausschuss Finanzierungsmöglichkeiten für Handelsgeschäfte entwickelte und von Beginn an Bankenvertreter und den Handel fest in seine Strukturen integrierte. Bis dahin, das legt die Namensliste vom 4. Januar 1950 nahe, war an einen reinen Industrie-Ausschuss gedacht worden. Schaukes Vorschlag, die Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle durch Mitgliedsbeiträge auch von Firmen sicherzustellen, kam ebenfalls zum Zuge, allerdings erst mit 50-jähriger Verspätung: Bis zum Jahr 2000 übernahmen die den Ausschuss tragenden Verbände allein die Kosten, erst danach wurden auch Einzelmitgliedschaften von Unternehmen möglich.

### Die Politik übernimmt die Initiative

Nachdem der erste Anlauf im März 1950 im Sande verlaufen war, verschwand der Name „Ost-Ausschuss“ erst einmal in der Ver-

senkung. Einzelne Verbände fragten hin und wieder ungeduldig beim BDI nach, was denn aus den Ausschuss-Nominierungen geworden sein, ohne dass sich bis Anfang 1951 etwas konkretes tat. Während die Wirtschaft also etwas in sich ging, baute sich gleichzeitig im Laufe des Jahres 1950 auf Seiten der Politik Handlungsdruck auf, mehr für den bundesdeutschen Osthandel zu tun. Dies hatte verschiedene Gründe. Zum einen wuchs mit Gründung der DDR im Oktober 1949 auch der Konkurrenzkampf der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme. Der DDR und ihrer Repräsentanten ganz allein das Feld des Osthandels zu überlassen, war auch politisch eine wenig verlockende Aussicht. Je länger die Unterbrechung des Ost-West-Handels anhalte, desto gefährlicher werde die strukturelle Auseinanderentwicklung Ost- und Westeuropas, warnte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard.

Außerdem führte die Konzentration der Bundesrepublik auf den Westen zu einem gefährlich anwachsenden Defizit im Handel mit den USA und damit zu wachsenden Zahlungsproblemen. Die junge D-Mark war nur eingeschränkt konvertierbar, im Westen wurden harte Dollars für Waren verlangt. Diese „Dollar-Lücke“ wurde notdürftig über die Marshallplan-Hilfen abgedeckt. Die aber würden 1952 auslaufen. Erhard wünschte sich auch deshalb „eine Umlenkung unserer Käufe aus dem Dollarraum nach dem Osten“.<sup>26</sup>

Kritisch sah Erhard in diesem Zusammenhang auf umfangreiche Embargolisten der Amerikaner. Während andere Westalliierte wie Frankreich und vor allem Großbritannien deutliche Lockerungsübungen im Osthandel erkennen ließen und sogar im Verdacht standen, die Pariser CoCom- und ChinCom-Listen zu umgehen, musste die junge Bundesrepublik die etwa um 30 Prozent umfangreicheren US-Embargolisten beachten. Diese Benachteiligung war Erhard ein Dorn im Auge, der befürchtete, im beginnenden Kampf um Marktanteile in Osteuropa abgehängt zu werden. Der Wirtschaftsminister war generell gegen eine Instrumentalisierung des Außenhandels durch die Außenpolitik und wünschte sich eine „weltoffene Handelspolitik“. Hier traf er sich mit den Vorstellungen der deutschen Wirtschaft. Bundeskanzler Konrad Adenauer, der ab 1951 in Personalunion das Auswärtige Amt übernahm, das es bis dahin wegen der eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik gar nicht gegeben hatte, wollte zumindest die Gleichbehandlung der Bundesdeutschen in Sachen Osthandel mit den übrigen Westalliierten erreichen. Ihm ging es allerdings noch mehr darum, keine Schritte zu unternehmen, die Zweifel in den USA an der Bündnistreue der Bundesrepublik wecken konnten. Die Sache blieb also höchst sensibel.

1947 wurde die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa ECE in Genf gegründet. Hier konnten sich alle Europäer bei Konferenzen auf neutralem Boden treffen und Geschäfte vorbereiten. Den grenzüberschreitenden Handel anzukurbeln, war ausdrückliches Ziel der Vereinten Nationen, um das kriegszerstörte Europa wieder auf die Beine zu bekommen. In Genf kam es Anfang der 1950er Jahre entsprechend auch zu ersten Begegnungen sowjetischer Staatshändler mit deutschen Unternehmern. Diese wussten bald vom großen Interesse der Sowjets an westdeutschen Produkten zu berichten. Angesichts der Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg kaum fünf Jahre vergangen war, in dem Deutsche die westliche Sowjetunion ausgeplündert und verwüstet, Sowjetbürger als „Untermenschen“ versklavt und 20 Millionen von ihnen umgebracht hatten, kommen einem diese frühen Gesprächskontakte der rheinischen Kapitalisten und die Offenheit



Das Haus Kaiser-Wilhelm-Ring 2-4 in Köln kurz nach Kriegsende, das spätere Ost-Ausschuss-Quartier. Vor dem Haus parken Militärfahrzeuge, links sieht man ein Trümmergrundstück. In dem Haus bezog 1949 der „Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände“ seine ersten Büros. Ab 1950 firmierte er unter dem Namen Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Foto: Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln, RWVA 32-F2239

auf sowjetischer Seite bis heute wie ein Wunder vor. Gleichzeitig unterstreicht diese Entwicklung die verbindende Kraft, die von gemeinsamen Wirtschaftsinteressen ausgehen kann.

Auch in der Sowjetunion lebte der Mythos der Geschäfte aus der Weimarer Zeit fort, wie Äußerungen Anastas Mikojans, als sowjetischer Außenhandelsminister gleichzeitig „größter Händler der Erde“ (Spiegel), unterstreichen. Dieser wurde nicht müde in seinem Werben um die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit der jungen Bundesrepublik an die frühen 1930er Jahre zu erinnern.<sup>27</sup> Im ganzen Land standen seitdem deutsche Maschinen, deren Qualität man schätzte, die die Technologiestandards und Normen setzten und für die man Ersatzteile benötigte. Zusätzlich wurden bis in die 1950er Jahre ganze Produktionsbetriebe aus der DDR als Reparationen abmontiert. Der Bedarf an Ersatz- und Zulieferteilen Made in (West-)Germany stieg also weiter an.

Ähnliche Anknüpfungspunkte gab es auch mit dem anderen großen kommunistischen Reich, das Mao Zedong am 1. Oktober 1949 in Peking ausgerufen hatte. In „Rot-China“ wirkten neben einer kurzen Periode, in der das Deutsche Kaiserreich eine Kolonie in der Kiutschou-Bucht als Flottenstützpunkt gepachtet hatte (1897-1914) und in der deshalb bis heute Tsingtao-Bier gebraut wird, die intensive deutsch-chinesische Zusammenarbeit der Jahre 1934 bis 1936 nach. Das Dritte Reich kaufte Rohstoffe in China ein und leistete im Gegenzug umfangreiche Hilfe zur industriellen und militärischen Entwicklung, bis Hitler 1937 ein Bündnis mit dem chinesischen Kriegsgegner Japan einging.

Besonders tiefen Eindruck hinterließ aus dieser Kooperationszeit beispielsweise ein Projekt, das die Firma Otto Wolff zu

verantworten hatte, der Bau der 500-Kilometer langen Tscheking-Kiangsi-Eisenbahn. Firmengründer Otto Wolff Senior, der auch im Russlandhandel intensiv mitmischte, hatte als einer der ersten Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg eine eigene Niederlassung in Schanghai eingerichtet. 1935 reiste Wolff, wie die Basler Nachrichten am 27. Februar 1935 vermeldeten, für ganze drei Monate in das Land. Als Wolff Senior 1940 starb, ließ die chinesische Regierung von einem berühmten Kalligraphen einen großen Grabstein mit einer bemerkenswerten Inschrift anfertigen und nach Deutschland überführen. Otto Wolff habe in den chinesischen Handelsbeziehungen mit anderen Mächten eine neue Ära eingeleitet, stand dort geschrieben. Er sei der erste gewesen, der „von einer imperialistischen Praxis“ abgegangen sei und China „als gleichberechtigt behandelt“ habe.<sup>28</sup>

Neben den Sowjets sondierten auch die Chinesen ab 1950 Geschäftsmöglichkeiten mit der bundesdeutschen Wirtschaft, mit dem Unterschied, dass für sie sogar noch weit strengere US-Embargolisten galten. Die Gefahr wuchs, dass sich deutsche Unternehmer bewusst oder unbewusst instrumentalisieren ließen und diplomatische Verwicklungen auslösten. Koordination tat Not, die aber die junge Bundesregierung mangels diplomatischer Beziehungen mit den Ländern selbst schwer leisten konnte.

Im Deutschen Bundestag entstand im Laufe des Jahres 1950 offenbar die Idee, ein staatlich kontrolliertes „Osthandelskontor“<sup>29</sup> im Umfeld der Treuhandstelle für den Interzonenhandel anzusiedeln. Diese war eine staatliche Tarnorganisation. Unmittelbar nach Gründung der DDR hatte die Bundesregierung nämlich direkte Wirtschaftskontakte mit DDR-Offiziellen verboten, um



081 Telegramm Deutsche Post

aus 6281 FRANKFURTMAIN/TW 82/80 10 1436 = SEITE 1/50 =

Aufgenommen			Übermittelt		
Monat:	Jahr:	Zeit:	Tag:	Abt.:	Zeit:
durch:			an:		
			2. FEB. 1951		
durch:					

LT = HERRN EDGAR MEYER  
 AZ.  
 BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN  
 INDUSTRIE  
 AUSSENHANDELSAUSSCHUSS  
 DUESSELDORF =  
 KAISER-FRIEDRICH-RING 5 +

AM MITTWOCH DEN 14. FEBRUAR 1951 UM 11 UHR FINDEN IM  
 BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM IN FRANKFURTMAIN HOECHST MC.  
 NAIR-KASERNE EINE AUSSPRACHE UEBER AKTUELE PROBLEME DES  
 DEUTSCH-CHINESISCHEN WARENVERKEHRS STATT DIE AUSSPRACHE WIRD  
 VON HERRN GESANDTEN DR. KROLL GEFUEHRT WERDEN HIERMIT LADE =

Für dienstliche Rückfragen

Telegramm an Edgar H.P. Meyer an seine Privatadresse in Düsseldorf mit der Einladung zu einer kurzfristigen, vertraulichen Abstimmungsrunde nach Frankfurt mit dem Leiter der Gruppe West-Ost im Bundeswirtschaftsministerium Hans Kroll. In: RWWA 175-2-3

eine De-facto-Anerkennung des zweiten deutschen Staates zu unterlaufen. Da die Bundesregierung nicht mit Ost-Berlin sprechen konnte, der Interzonenhandel aber weiterlaufen und beaufsichtigt werden sollte, etablierte das Bundeswirtschaftsministerium am 2. November 1949 die angeblich nichtstaatliche Treuhandstelle und gliederte diese formal dem DIHT an, ohne dass dieser selbst irgendwelche Einflussmöglichkeiten geltend machen konnte.

Presseberichte zum „Osthandelskontor“ müssen für Meyer und von Carnap wie ein Weckruf gewirkt haben. Sie fürchteten eine weitgehende Bürokratisierung des Osthandels, holten stattdessen die Ost-Ausschuss-Pläne wieder aus der Schublade und fädelten ein Treffen zwischen dem BDI-Geschäftsführer Hans-Wilhelm Beutler und dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Außenhandelsfragen Christian Kuhle mann ein. Dieser gehörte der konservativen Deutschen Partei an, die der Koalition unter Bundeskanzler Konrad Adenauer angehörte und in der Regierung einen Minister stellte.

Der Aktennotiz zur Vorbereitung des Gesprächs zufolge, die von Carnap erstellt, sollte Beutler den Politiker bezüglich einer „Aktivierung des ... direkten Warenaustauschs mit den Ländern des Ostblocks einschließlich China“ konsultieren. Die Einrichtung eines staatlichen „Osthandelskontors“ solle verhindert werden, heißt es ausdrücklich im Vermerk: „Sobald sich die Situation ändert, dürfte eine Zusammenfassung der westdeutschen Interessen gegenüber den staatlichen Handelsgesellschaften in den Ostblockländern zweckmäßig erscheinen. Hierfür hat unser Ost-Referat bereits Vorarbeiten geleistet, um im gegebenen Augenblick einen Ost-Ausschuss ... in Aktion treten zu lassen. Die Gründung

eines staatlichen Osthandelskontors oder die Übertragung der damit verbundenen Aufgaben auf die Treuhandstelle für den Interzonenhandel wird abgelehnt.“ Außerdem empfahl von Carnap die Entsendung einer privaten Wirtschaftsdelegation nach China. Bei der „Rotchinesischen Regierung“ sollten dazu entweder der Ost-Asiatische Verein in Hamburg oder der „Vertrauensmann“ der Firma Otto Wolff in China vorfühlen.<sup>30</sup>

Das Gespräch mit dem Bundestags-Ausschussvorsitzenden Kuhle mann am 19. Januar 1951 verlief offensichtlich erfolgreich. Dieser kannte den alten Rußlandauschuss und ermutigte den BDI, seine Pläne zur institutionellen Neugründung wieder aufzunehmen. Nunmehr war Rückenwind von Seiten des Bundestages zu erwarten, der im weiteren Verlauf der Vorbereitungen noch nützlich sein würde<sup>31</sup>.

### Verschärfte US-Embargopolitik

Zeitlich parallel zu dieser Entwicklung wurde auch Erhards Bundeswirtschaftsministerium aktiv: Am 12. Februar 1951 erhielt Edgar Meyer ein Telegramm, mit dem er zu einer Sitzung am 14. Februar um 11 Uhr ins Bundeswirtschaftsministerium nach Frankfurt am Main geladen wurde. Es ging um eine Aussprache über aktuelle Probleme des deutsch-chinesischen Warenverkehrs, die der „Herr Gesandte Dr. Kroll“ leiten wollte.<sup>32</sup> Hans Kroll war als Diplomat im Auswärtigen Amt in den 1920er Jahren herumgekommen. Unter anderem arbeitete er auch einige Zeit am Generalkonsulat in Odessa. Nach dem Krieg beriet er zunächst den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold in Nordrhein-Westfalen und wurde dann Ende 1949/Anfang 1950 von Seiten des Bun-



Hans Kroll wurde 1949 erster bundesdeutscher Gesandter bei den CoCom-Ausschüssen in Paris und musste die US-Embargopolitik in Deutschland vermitteln. Auf Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums spielte er die entscheidende Rolle bei der Gründung des Ost-Ausschusses. Foto: BArch, Bild 183-92106-0014, o.Ang.

deswirtschaftsministeriums zur Koordinierung aller Fragen des West-Ost-Handels zur OEEC nach Paris entsandt. Dort vertrat er als erster bundesdeutscher Gesandter die Bundesregierung auch in den CoCom-Ausschüssen, in denen die Embargo-Politik der USA und ihrer Verbündeten festgelegt wurde.

Meyer konnte die kurzfristige Einladung nicht annehmen, schickte aber seine rechte Hand von Carnap nach Frankfurt. Kroll informierte dort über den amerikanischen Sanktionsdruck und warnte eindringlich vor Umgehungsversuchen: „Sie werden rücksichtslos von den USA auf die Schwarze Liste gesetzt...“ Wie brisant diese ersten Abstimmungen über Osthandelsfragen damals waren, illustriert der Beginn des Protokolls, das mit „Vertraulich“ überschrieben war: „Von Vertretern des BWM (Anm. Bundeswirtschaftsministerium) wurde zu Beginn der Sitzung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Weitergabe der Erörterungen an die Presse oder durch Rundschreiben an Verbände und Kammern unerwünscht sei und eine Wiederholung derartiger Aussprachen gefährden könne.“<sup>33</sup>

Von Carnap nutzte das Frankfurter Treffen, um Kroll für eine „vertrauliche Besprechung im kleinen Kreis...über die künftige Gestaltung des Ostgeschäfts“ in Köln zu gewinnen<sup>34</sup>. Das Gespräch, an dem knapp ein Dutzend Mitglieder des BDI-Außenhandels-Ausschusses teilnahmen, darunter auch Otto Wolff von Amerongen, fand am 4. April 1951 im Hotel Excelsior statt. Im Ergebnis wurde beschlossen, einen „Arbeitskreis für Fragen des West-Ost-Geschäfts“ für Abstimmungen mit Kroll zu gründen. Mit Schreiben vom 13. April 1951 übermittelten Meyer und von



Ernst-Wilhelm von Carnap (geb. 1911) betreute als Referent für Außenwirtschaft im BDI gemeinsam mit seinem Chef Edgar H.P. Meyer die Ost-Ausschuss-Gründung. Das Bild stammt von einem BDI-Betriebsausflug aus den 1960er Jahren. Aus: BDI-Archiv, Fotograf unbekannt

Carnap exakt sieben Namen von Unternehmen und Verbänden an den Gesandten Kroll. Mit Blick auf die Anfang 1950 groß gestarteten Ost-Ausschuss-Pläne nimmt sich dieser Arbeitskreis bescheiden, aber wohl angemessen konspirativ aus. Immerhin begann damit der kontinuierliche Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu Osthandelsfragen.

Wegen seiner Pariser Aufgaben wusste Kroll zu berichten, wie kritisch dort die US-Vertreter westdeutschen Versuchen gegenüberstanden, mit der Sowjetunion und China ins Geschäft zu kommen. Unbedachte Aktivitäten einzelner Unternehmer oder kommerzieller Osthandelsgesellschaften, die in dieser Zeit die bestehende Osthandels-Lücken zu füllen versuchten, konnten sich leicht zu einer außenpolitischen Großkrise auswachsen. Kroll wusste daher, dass eine enge Kooperation des Bundeswirtschaftsministeriums und der Wirtschaftsverbände dringend notwendig war. Das gemeinsame Ziel, Freiräume zu erhalten und diese dann so auszunutzen, dass das Verhältnis zu den USA politisch nicht gefährdet wurde, verband jetzt beide Seiten. Man brauchte einander.

### Steigender Sanktionsdruck

Als Leiter der Gruppe West-Ost im Bundeswirtschaftsministerium und CoCom-Vertreter der Bundesregierung wurde Kroll zum wichtigsten Ansprechpartner der Osthändler in spe. Immer wieder kam es zu vertraulichen Abstimmungsrunden mit ihm und der seit März 1951 existierenden Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft (des späteren BAFA), in denen alle Be-



teiligten sich gemeinsam über alliierte Vorbehaltslisten für Güter beugten und um „Pauschalgenehmigungen“, „Positivlisten“ und „Freiheit für Ersatzteile“ sprachen.

Je länger der Korea-Krieg andauerte, bei dem sich die US-Amerikaner auf Seiten der Südkoreaner den durch die Sowjetunion und China unterstützten Nordkoreanern entgegenstellten, desto länger wurden die Embargolisten, die sie in Paris mit ihren Verbündeten abstimmten. Anfang 1952 wurde in den USA dann der „BattleAct“ erlassen, benannt nach einem US-Senator und Autor des Gesetzes. Es sah ein Embargo für die Ausfuhr sogenannter strategischer Güter und Beschränkungen für die Lieferung aller anderen Güter aus den USA in die UdSSR und andere sozialistische Länder vor. Außerdem wurde festgelegt, dass amerikanische Militär-, Wirtschafts- und Finanzhilfe nur denjenigen Ländern gewährt werden sollte, die ein ähnliches Embargo verhängten, was umgekehrt auch hieß, bei Embargoverstößen diese Hilfen aufs Spiel zu setzen.

Zu einer großen Krise kam es hier im Zusammenhang mit der beabsichtigten Lieferung eines kompletten Walzwerkes durch die Schloemann AG nach Ungarn. Nachdem alliierte Stellen seit Sommer 1951 die vertraglich vereinbarte und von den zuständigen Behörden bereits genehmigte Ausfuhr der Anlagen blockiert hatten, ging die Hauptlieferung des Walzwerkes schließlich auf unmittelbare Anweisung Krolls am 23. Januar 1952 bei Nacht und Nebel über die Grenze. Die Ausfuhrgenehmigung kam am 22. Januar und war bis zum 23. Januar 1952, 24:00 Uhr, befristet. Der Battle-Act sollte exakt am 24. Januar 1952 in Kraft treten.

Die Aktion des Bundeswirtschaftsministeriums schlug hohe Wellen. US-Außenminister John Foster Dulles übermittelte Bundeskanzler Adenauer sogar in einem persönlichen Gespräch eine scharfe Warnung: „Die amerikanische Öffentlichkeit und der Kongress seien in der Frage des Ost-West-Handels besonders empfindlich, und man müsse mit der Streichung jeglicher Auslandshilfe rechnen, wenn ein Land gegen wesentliche Teile des für den Ost-West-Handel aufgestellten Programms verstoße.“<sup>35</sup> Das war harter Tobak angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik damals der einzige europäische Verbündete der USA war, der nicht nur die Pariser CoCom-Auflagen, sondern zusätzlich die weitgehenderen US-Gesetze beachtete. Entgegen der Wahrnehmung jenseits des Atlantiks befand sich der westdeutsche Osthandel in jenen Jahren in einem Allzeittief und bewegte sich nur knapp oberhalb der Wahrnehmungsschwelle.<sup>36</sup>

### Moskauer Weltwirtschaftskonferenz als Wendepunkt

In diese spannungsreiche Zeit platzten im Frühjahr zwei Initiativen Stalins: Am 10. März 1952 übergab die Sowjetunion die sogenannte „Stalin-Note“ an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung sollte ein Friedensvertrag ausgearbeitet und ein neutrales Gesamtdeutschland geschaffen werden, so das Angebot. Bis heute ist unter Historikern umstritten, ob dies eine ernstgemeinte Offerte oder ein Propagandatrick war. Adenauer und die Westalliierten waren von letzterem überzeugt, aber es kam durchaus zu ernsthaften Gesprächen, in denen die Westmächte auf der Vorbereitung von gesamtdeutschen freien Wahlen durch eine UN-Kommission bestanden. Die Sowjetunion hingegen wollte Wahlen unter Aufsicht der Siegermächte durchführen, also auch unter eigener Kontrolle. Nach Stalins Tod am 5. März 1953 wurde das Thema schließlich beerdigt.

Die Stalin-Note hatte auch einen wirtschaftlichen Teil: „Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.“ Das hörte sich im Vergleich zur Embargo-Politik der USA lukrativ an, passte aber nicht wirklich zur Realität im östlichen Teil Deutschlands. Dort wurde zeitgleich gerade der erste Fünfjahresplan umgesetzt. Bauern wurden zwangskollektiviert, das freie Unternehmertum weiter kriminalisiert und das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit arbeitete an einem repressiven Überwachungsapparat.<sup>37</sup>

Fast zeitgleich mit der Stalin-Note lud die Sowjetunion Anfang April 1952 Ost und West und die Staaten der Dritten Welt zu einer „Weltwirtschaftskonferenz“ nach Moskau ein. Dies war durchaus im Sinne der Vereinten Nationen, die von Genf aus seit 1947 beständig für mehr Zusammenarbeit beim Wiederaufbau warben. Während aus England und anderen westeuropäischen Ländern hochrangige Politiker und Unternehmer nach Moskau reisten, machten sich mit Billigung der Bundesregierung von Westdeutschland aus 19 weniger prominente Geschäftsleute auf den Weg. Dennoch bekam der überraschte Kroll als Leiter der Gruppe West-Ost im Bundeswirtschaftsministerium nach der Konferenz aus der Reisegruppe vier Warenaustauschabkommen mit staatlichen Export- und Importorganisationen aus der Sowjetunion, China, Rumänien und Bulgarien „zur persönlichen, streng vertraulichen Kenntnis“ vorgelegt. Von diesen hatte auch die Presse Wind bekommen und berichtete offenbar euphorisch von guten Geschäften. Kroll gab sich alle Mühe, die Erwartungen einzufangen. Gegenüber seinem Chef Erhard betonte er, dass es sich um „völlig lose Rahmenabreden“ handelte, die noch zu prüfen seien. Die Gefahr wurde aber immer offensichtlicher, dass sich Teile der deutschen Wirtschaft verselbständigten. So lieferte die Moskauer Weltwirtschaftskonferenz den letzten Impuls, der für die Gründung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft noch gebraucht wurde.<sup>38</sup>

### Bundesregierung in der Zwickmühle

Die Bundesregierung fand sich im April 1952 in einer veritablen Zwangslage wieder. Von allen Seiten wuchs der Druck: Moskau lockte, die USA drohten, die Wirtschaft drängelte und auch der Bundestag wurde unruhig. Angesichts der sich verschärfenden Embargo-Politik hatte die oppositionelle SPD bereits am 12. Dezember 1951 einen Antrag zur Förderung des Osthandels in den Bundestag eingebracht und eine Plenardebatte darüber gefordert. In seiner Sitzung am 6. Mai 1952 forderte der Bundestag dann mit breiter Mehrheit die Bundesregierung auf, „dafür zu sorgen, dass die Bundesrepublik auch im West-Ost-Handel volle Handlungsfreiheit“ erhält. Die Embargo-Listen sollten „international gleichmäßig abgebaut werden“ und mit der Sowjetunion und deren Verbündeten „normale Wirtschaftsbeziehungen“ aufgenommen werden.

Washington war ebenfalls an einer wirtschaftlich stabilen Bundesrepublik interessiert, für die der Export auch nach Osten wichtig war, um Arbeitsplätze zu sichern, Geld für den Wiederaufbau des Landes zu erwirtschaften und das bestehende, gefährliche Dollardefizit im Außenhandel abzubauen. Die USA sahen aber gleichzeitig den Osthandel aus politisch-strategischen Gründen so kritisch, dass sogar die weitere wirtschaftliche und politische Unterstützung



Hans Kroll (links) trieb nach der Moskauer Weltwirtschaftskonferenz die Gründung des Ost-Ausschusses von Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums voran. Er selbst machte später als deutscher Botschafter in der Sowjetunion und Jugoslawien Karriere. Das Foto mit Konrad Adenauer stammt von 1961. Foto: BArch, Bild 183-92106-0015, o.Ang.

der Bundesrepublik auf dem Spiel stand, wenn deutsche Unternehmer hier auf eigene Faust fortgesetzt in Grauzonen unterwegs waren. Eine Stelle musste dringend geschaffen werden, die mehr Transparenz herstellte, den Osthandel in geordnete Bahnen lenkte und zwischen Politik und Wirtschaft klare Regeln aushandelte.

Krolls Ost-West Gruppe im Bundeswirtschaftsministerium konnte die Aufgabe nicht übernehmen, selbst wenn sie gewollt hätte. Es gab schlicht keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik mit China, der Sowjetunion und deren Verbündeten, um Handelsabkommen abschließen zu können. Unmittelbar nach der ominösen Moskauer Weltwirtschaftskonferenz bestellte der offensichtlich alarmierte Kroll Vertreter des BDI und des DIHT für den 25. April 1952 kurzfristig ins Bundeswirtschaftsministerium ein, um über die Konsequenzen für den Ost-West-Handel zu sprechen. Nach der Sitzung warnte BDI-Hauptgeschäftsführer Beutler in einem Brief vom 26. April das Bundeswirtschaftsministerium nochmals eindringlich davor, die Dinge einfach weiter laufen zu lassen. Die Moskauer Konferenz habe einen „propagandistischen Charakter“ gehabt. „Unter gar keinen Umständen können Verhandlungen mit einem zufällig zusammengekommenen Gremium teils unbekannter Geschäftsleute und Journalisten sowie Anwälten geführt werden, die als Deutsche auf dem Kongress anwesend waren.“ Als Konsequenz

schlug er vor, „dass die Bundesregierung eine Fühlungnahme mit der UdSSR und den in Frage kommenden osteuropäischen Staaten gemeinsam mit einem Ausschuss der Wirtschaft, dessen Aufgaben ähnlich denen des früheren Russland-Ausschusses der deutschen Wirtschaft sind, vorbereite, um zu prüfen, welche realen Möglichkeiten auf beiden Seiten für den Abschluss eines Handelsabkommens bestehen.“<sup>439</sup>

Zu diesem Thema bereitete das Bundeswirtschaftsministerium am 16. Juni 1952 dann auch eine „streng vertrauliche“ Beschlussvorlage vor, die Wirtschaftsminister Erhard kurz danach ins Kabinett einbrachte. Eine begeisterte Stellungnahme dazu ist ausgerechnet aus dem damals existierenden „Ministerium für Angelegenheiten des Marshall-Plan“ überliefert, aus dem 1953 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hervorging. Die Beamten empfahlen, den Ost-Ausschuss in Berlin anzusiedeln, denn dadurch habe die Stadt die Chance für den Osthandel das zu werden, „was Wien für den Balkan“ sei. Die Belebung des Osthandels böte nicht nur die Chance, die „Dollar-Lücke“ endlich zu schließen, eine Intensivierung des Handels könne zudem eine „Entspannung im Kalten Krieg“ befördern.

Genau denselben Tenor hatte zuvor auch der Bundestag angestimmt und seine Forderung nach Förderung des Osthandels mit der Hoffnung verknüpft „...damit eine Entspannung der



# Your top connection in the East

Mangold Consulting offers a complete range of strategic consulting services:

Management consulting on strategic development for Eastern Europe and Central Asia

Strategic consulting and advisory on market entry and business development

High-level networking

Identification of potential business partners

M&A Advisory

Mangold Consulting GmbH  
Leitzstraße 45 · 70469 Stuttgart  
Germany  
Phone +49 (711) 93307 101  
office@mangoldconsulting.com  
www.mangoldconsulting.com

**MANGOLD**  
C o n s u l t i n g



## WIR SIND DIE FACHKRÄFTEMANGELBESEITIGER

MECHATRONIK-KURSE FÜR IHRE PRODUKTION

PRAXISNAH · HANDLUNGSORIENTIERT

KURSDAUER 3-8 MONATE

MADE IN BELGRADE



KLETT EDU - EIN UNTERNEHMEN DER KLETT-GRUPPE  
WWW.KLETT-EDU.RS



West-Ost-Beziehungen zu erleichtern“. Während dieses Argument für den Osthandel in der damaligen Zeit von Unternehmens- und Verbandsvertretern noch nicht benutzt wurde, fand es in der Politik offenbar immer mehr Anhänger, zu denen mit Hans Kroll auch der entscheidende Mann im Bundeswirtschaftsministerium gehörte.<sup>40</sup>

Der Kabinettsbeschluss zur Gründung des „Ostauschusses der deutschen Wirtschaft“ erfolgte am 24. Juni 1952. Durch die Entscheidung wurde Wirtschaftsminister Erhard ermächtigt, „einen organisatorischen Zusammenschluß der am Osthandel beteiligten Wirtschaftskreise zwecks gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen gegenüber den Ostblockstaaten herbeizuführen“.<sup>41</sup>

### Und wieder verzögert sich die Gründung

Der BDI war offenbar frühzeitig über die Entscheidung des Kabinetts informiert und plante endlich die ersehnte Gründung des Ost-Ausschusses. Am 1. Juli 1952 notierte von Carnap in einer Gesprächsvorbereitung für Edgar H.P. Meyer, dass die Gründung des Ost-Ausschusses am 3. Juli im Rahmen der Vorstandssitzung des BDI-Aussenhandels-Ausschusses stattfinden solle. „Der Ost-Ausschuss sollte zunächst als vorbereitender Ausschuss und als Unterausschuss des Aussenhandels-Ausschusses fungieren, aber bereits in diesem Stadium ein Gremium der Gesamtwirtschaft sein.“

Aber auch am 3. Juli 1952 wurde der Ost-Ausschuss noch nicht offiziell gegründet, jedenfalls musste es der BDI im Nachhinein so darstellen. Es hieß dann dazu in den Außenhandels-Mitteilungen 78/52, es sei an dem Tag lediglich beschlossen worden, ihn „ins Leben zu rufen“. Diese Klarstellung war nötig geworden, weil ausgerechnet mit Sitzungsdatum 3. Juli ein Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums eingetroffen war, das nicht an den BDI allein ging, sondern auch an den DIHT, den Ostasiatischen Verein und den Aussenhandelsbeirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Mit dem Schreiben gab das Ministerium quasi erst die Gründung des Ost-Ausschusses in Auftrag. Und der Auftrag ging nicht allein an den BDI. Die Gründung hatte also in einem breiteren Rahmen zu erfolgen. Für die Verankerung des Ost-Ausschusses in der deutschen Wirtschaft war dies letztlich von Vorteil.

In seinem Schreiben erläuterte das Bundesministerium präzise seine Erwartungen: Es gehe bei der neuen Organisation um die „Pfleger“ des deutschen Handels mit dem Osten“, womit nicht nur die Länder gemeint seien, mit denen bereits Handelsvereinbarungen (Anmerkung: durch die alliierte Außenhandelsbehörde JEIA) bestünden (dies waren Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien), sondern „auch für die übrigen Länder des Ostraumes einschließlich der chinesischen Volksrepublik“. Es werde hierfür an den Zusammenschluss interessierter Firmen „in einem Ostauschuss“ gedacht, der jedoch nicht dazu berufen sein soll, Partner in einzelnen Geschäften zu sein, sondern der die Wirtschaft nur beraten und betreuen soll“. Was das Bundeswirtschaftsministerium mit „betreuen“ auch meinte, kam am Schluss des Schreibens: „Es ist selbstverständlich, dass auch in Zukunft die von der Bundesregierung auf Grund internationaler Vereinbarungen auf dem Gebiet der Embargopolitik eingegangenen Verpflichtungen loyal eingehalten werden müssen. Im Interesse der Förderung des legalen Osthandels wird der illegale Handel auch weiterhin unnach-sichtlich bekämpft werden“<sup>42</sup>.

Mit dem DIHT, mit dem ohnehin eine intensive Zusammenarbeit bestand, wurde sich der BDI schnell einig. Gemeinsam lud man für den 14. Juli 1952 Mitglieder eines „vorbereitenden Ost-Ausschusses“ in die VDMA-Zentrale nach Frankfurt am



Hans-Wilhelm Beutler (1897-1966) war als erster BDI-Hauptgeschäftsführer gleichzeitig auch der außenpolitische Vordenker des Verbands. Foto: BDI-Archiv, SF 365\_002A, Foto: Josef Josuweck)

Main ein. Edgar H.P. Meyer und sein DIHT-Kollege Altenburg zogen die Strippen und konferierten mit möglichen Teilnehmern und Rednern. Auch diesmal ging nicht alles glatt. In die Planungen platzte am 12. Juli eine Kurznachricht von Wilhelm Alexander Menne, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie und Präsidiumsmitglied des BDI. „Ich finde es unerhört, dass sie einen ostauschuss der wirtschaft konstituieren wollen bzw. vorbereitende gesprache abhalten, ohne das praesidium ueber diese aeusserst wichtige frage vorher gehoert zu haben“, schäumte Menne. Im Klartext: Die chemische Industrie fühlte sich übergangen. Und nicht nur die. Auch andere Verbände, wie der Wirtschaftsverband Stahlverformung, zeigten sich verschnupft.

Meyer übte sich in der Kunst der Diplomatie und tat weiterhin so, als sei im Grunde noch gar nichts passiert. Am 14. Juli werde sich lediglich „ein Kreis von Fachleuten des Ostgeschäftes“ treffen, der sich über eine Anregung der Bundesregierung verständigen wolle. Es handle sich dabei zudem um eine mehr oder weniger „private Initiative“ eines Mitglieds des BDI-Aussenhandels-Ausschusses. Menne wurde damit erfolgreich eingefangen und gleich in die weiteren Planungen integriert, wie eine handschriftliche Notiz auf dem Antwortschreiben beweist. Auch den Ostasiatischen Verein OAV in Hamburg, der sich eigentlich einen eigenen „China-Ausschuss“ gewünscht hatte und nun der Entwicklung hinterherlief, wusste Meyer noch einzusammeln.<sup>43</sup>

Die Ergebnisse der „vorbereitenden“ Ost-Ausschuss-Sitzung mit dem DIHT in Frankfurt fassten Meyer und BDI-Hauptgeschäftsführer Beutler dann am 16. Juli 1952 in den Aussenhan-



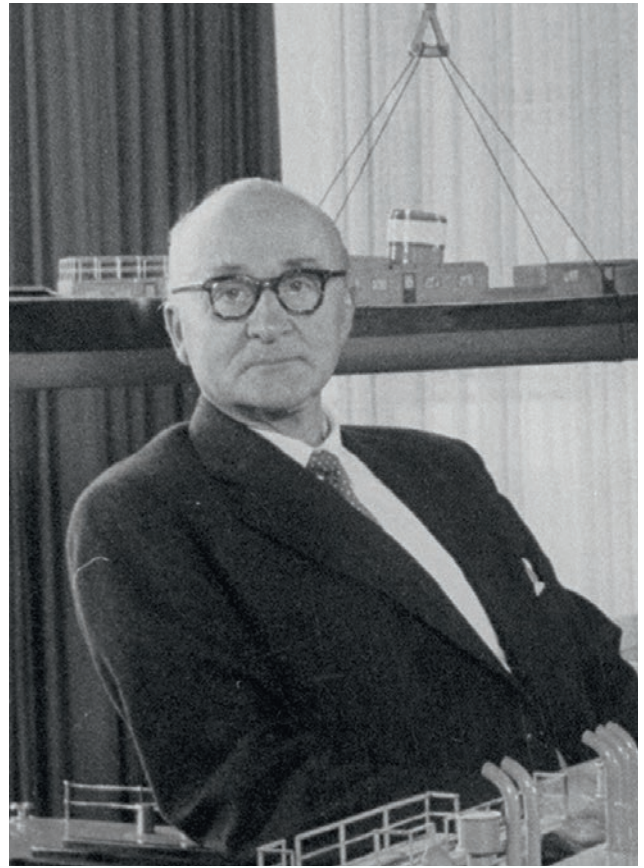


Alexander Menne (1904-1993) gehörte als Multifunktionär zu den einflussreichsten Wirtschaftsvertretern der jungen Bundesrepublik und wurde stellvertretender Ost-Ausschuss-Vorsitzender. Foto Menne: BArch, B 145 Bild-F027839-0004/ Fotograf Gräfinholt, Detlef

dels-Mitteilungen Nr. 78/52 zusammen. Der „kleine Kreis von führenden Sachkennern“ (der sich auf die umfangreichen Vorarbeiten von Meyer und Carnap stützen konnte), hatte tatsächlich geliefert. Der Fahrplan für die finale Gründung des Ost-Ausschusses stand. Man hatte sich darauf verständigt, „eine Organisation der Gesamtwirtschaft“ zu gründen, „die in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium für Fragen des Ost-Geschäftes (Beratung, Begutachtung, Festlegung von Liefer- und Zahlungsbedingungen, Schiedsgerichtsvereinbarungen usw.) massgebend ist“.

Man sah sich jetzt offenbar ganz als Auftragnehmer der Bundesregierung, denn vor der Ausschuss-Gründung wollte man noch zu einer finalen Abstimmung mit Bundeswirtschaftsminister Erhard aufbrechen. Dazu wurde eine Abordnung von zehn Unternehmern und Verbandsvertretern vorgeschlagen. Die Namen – vermutlich waren es Teilnehmer der vorbereitenden Sitzung – standen bereits mit im Bericht. Neben Chemie-Präsident Menne waren auch Russland-Ausschuss-Veteran Schauke und VDMA-Chef Lange mit von der Partie, außerdem der Generaldirektor der DEMAG, Hans Reuter, der hier erstmals in Erscheinung trat.

Mit dem Bericht wurden Verbände und Unternehmen bereits aufgefordert, bis Ende Juli mögliche Repräsentanten für die zukünftigen Gremien des Ost-Ausschusses zu nominieren. Unterstrichen wurde dabei, dass es sich um „führende Persönlichkeiten“ handeln sollte. Den Ost-Ausschuss wolle man möglichst klein halten, so die Botschaft.<sup>44</sup> Dies war reines Wunschdenken, wie sich schnell herausstellte.



Hans Reuter (1895-1982) wurde 1940 an Stelle seines Vaters Generaldirektor der Deutschen Maschinenbau Aktiengesellschaft DEMAG und repräsentierte den Ost-Ausschuss von 1952-1955 als Gründungsvorsitzender. Foto: Ost-Ausschuss-Archiv

### Treffen mit Erhard

Nach dem Versand des Rundschreibens wurde der BDI tatsächlich umgehend mit einzelnen Nominierungen bis hin zu ganzen Listen geflutet. Erst recht, nachdem am 26. Juli 1952 auch noch die erste Pressemeldung zum geplanten „Wirtschaftsausschuß für den Osthandel“ im Industriekurier erschienen war. Alle wollten beim Ost-Ausschuss dabei sein. Da klopfte die deutsche Schuhindustrie genauso an wie die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Schmuck- und Silberwarenindustrie, die Arbeitsgemeinschaft glasindustrieller Verbände genauso wie der Verband der Deutschen Lederwaren- und Kofferindustrie. Und die Treuhandstelle der Zellstoff- und Papierindustrie durfte ebenso wenig fehlen wie die Arbeitsgemeinschaft der Papier- und Pappe verarbeitenden Industrie. Sogar einzelne Personen, die angaben, vor dem Zweiten Weltkrieg im Osten für Unternehmen aktiv gewesen zu sein, bewarben sich. Einer legte als Referenz ein „Bilderbuch“ über den Soja-Anbau in Bulgarien und Rumänien bei<sup>45</sup>. Während es alle diese Verbände und Personen dann aber nicht in die wichtigsten Gremien schaffen sollten, kamen beispielsweise die Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke, die Deutschen Reeder und die Hochspannungsporzellanindustrie nach beharrlichem Insistieren mit ihren Vertretern zum Zuge. Auch der Mineralölwirtschaftsverband und die Vereinigung Deutscher Sägewerksverbände schafften es mit ausführlichen Bewerbungsschreiben sich zu qualifizieren.

Während die Bewerberlisten immer länger wurden, warteten Meyer und von Carnap immer ungeduldiger auf den Termin bei Wirtschaftsminister Erhard, der sich erst einmal in einen Som-



# Ost-Ausschuß vor der Gründung

Der frühere Umfang des Osthandels soll wieder erreicht werden

**Bonn, 8. 10.** — Am 9. Oktober finden im Bundeswirtschaftsministerium erneute Besprechungen mit den Vertretern der Wirtschaft über die Gründung eines Ost-Ausschusses statt. Es wird daran gedacht, einen Hauptausschuß zu gründen mit drei Unterausschüssen für Rußland, China und die Satellitenstaaten.

Der Ausschuß soll die amtlichen Stellen über die Wünsche und Auffassungen der am Ostgeschäft interessierten Wirtschaftskreise laufend beraten und durch Vereinheitlichung der Liefer- und Zahlungsbedingungen und sonstige geeignete Maßnahmen die miteinander konkurrierenden deutschen Firmen davor schützen, durch die östlichen Stellen gegeneinander ausgespielt und übervorteilt zu werden. Zur Beratung können dürfte auch die Frage der Entsendung von Handelsdelegationen. Die Tatsache, daß in den Ost-Staaten keine diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik bestehen, bedeutet im Zusammenhang mit der Frage des Rechtsschutzes in dieser Beziehung eine wesentliche Schwierigkeit. Wieweit die Bereitschaft in den Ost-Staaten besteht, Handelsdelegationen der Bundesrepublik zu empfangen, wird sich erst noch zeigen müssen. Von Ungarn liegt eine positive Erklärung hierzu vor.

Daß eine Förderung des Osthandels der Bundesrepublik kein Ausbrechen aus der westlichen Embargo-Politik bedeuten soll, wurde von den zuständigen Stellen wiederholt betont. Im Rahmen der sich daraus ergebenden Beschränkungen wird die Bundesrepublik jedoch einen Anteil am Ostgeschäft anstreben müssen, der dem früheren Umfang ihres Osthandels entspricht.

Zeitungsartikel wie dieser Vorbericht aus dem Industrie-Kurier machten die Ost-Ausschuss-Gründung für den 9. Oktober 1952 quasi offiziell. In: RWVA 175-2-3

merurlaub verabschiedet hatte. Von Carnap nutzte die Zeit, um die Gremienstruktur des Ost-Ausschusses auszuarbeiten. Am 25. August 1952 legte er der Außenhandels-Abteilung des BDI einen ausgefeilten Vorschlag vor, der später auch zu großen Teilen realisiert wurde. Er sah einfache Ost-Ausschuss-Mitglieder, Trägerverbände, einen Vorstand, einen Hauptausschuss, sechs Unterausschüsse und natürlich eine Geschäftsführung vor. Ost-Ausschuss-Mitglieder sollten Verbände, Organisationen und zu einem späteren Zeitpunkt einzelne Unternehmen werden können.

Zu den acht vorgeschlagenen Trägerverbänden des Ost-Ausschusses zählte von Carnap neben dem BDI sowie dem DIHT jetzt auch den Gesamtverband des Groß- und Außenhandels und den Ostasiatischen Verein. Der Vorstand sollte 16 Mitglieder primär aus Industrieverbänden haben, der Hauptausschuss 40 Mitglieder. Außerdem schlug von Carnap sechs Unterausschüsse vor: 1.) UDSSR, 2.) China, 3.) Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, 4.) Rumänien, Bulgarien, 5.) Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, Abnahmebedingungen, Schiedsgerichtsvereinbarungen, 6.) Finanzierung und Ausfallbürgschaften. Die Geschäftsführung wollte von Carnap auf acht Köpfe aufteilen, darunter von BDI-Seite Meyer und er selbst sowie die offensichtlich sehr geschätzten Kollegen Dr. Altenburg (DIHT) und Rolf Audouard (VDMA).

Ende September lag aus dem Bundeswirtschaftsministerium endlich der ersehnte Gesprächstermin mit Ludwig Erhard vor. Angesetzt wurde Donnerstag, der 9. Oktober 1952, 16:00 Uhr, Bonn-Duisdorf, Block I. Die bereits im Juli designierten Delegationsmitglieder wurden eiligst informiert und für den 9. Oktober um 11:30 Uhr auch noch zu einem Vorgespräch in die VDMA-Vertretung in Bonn eingeladen, um dort die gemeinsame Linie zu besprechen.<sup>46</sup>

Diese Linie versuchte das Bundeswirtschaftsministerium aber weiterhin selbst vorzugeben. Bereits am 1. Oktober 1952 melde-

te sich Hans Kroll als Leiter der Gruppe West-Ost in einem Bulletin zu Wort und formulierte seine Erwartungen: Der Ost-Ausschuss werde, so Kroll, „durch Vereinheitlichung der Liefer- und Zahlungsbedingungen und anderen Maßnahmen die miteinander konkurrierenden deutschen Firmen davor schützen, durch die östlichen Stellen gegeneinander ausgespielt zu werden.“ Und er solle dafür sorgen, dass die Unternehmen sich auch von „gesamtwirtschaftlicher Verantwortung“ leiten lassen. Vordringlich sei, „die Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, China und Rumänien in Angriff zu nehmen.“ Dies sei auch nötig, um die Bundesrepublik mit anderen westlichen Ländern gleichzustellen, daher dürfe man den Vorgang „nicht dramatisieren“. Passend dazu forderte Kroll, „dass die gemeinsame westliche Embargopolitik sich nach dem Grundsatz ausrichtet, dass alles erlaubt ist, was nicht nachdrücklich verboten ist.“

Die dynamische Pressearbeit des Ministeriums war damit nicht erledigt. Am Morgen vor den eigentlichen Sitzungen konnten die nach Bonn geeilten Wirtschaftsvertreter die Ergebnisse ihres Treffens mit Erhard vorab in den Zeitungen studieren. „Die Welt“, der „Industriekurier“ und der „Kölner Stadt-Anzeiger“ brachten zweispaltige Berichte zur „Errichtung des Ost-Ausschusses als Dachorganisation“. Dazu wurden hohe Erwartungen formuliert: „Der frühere Umfang des Osthandels soll wieder erreicht werden“, hieß es da. Ein Autor mutmaßte: „Zur Beratung kommen dürfte auch die Frage der Entsendung von Handelsdelegationen“. Zur Rolle des Ost-Ausschusses wurde vermerkt, er solle „...als Treuhänder im Güteraustausch mit den Staaten des Ostens fungieren“ und in enger Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium die Gewähr geben, dass sich im Osthandel aktive Unternehmen „...nicht nur von privatgeschäftlichen Interessen, sondern auch von gesamtwirtschaftlicher Verantwortung leiten lassen.“ Und natürlich stand auch dabei, „dass eine Förderung des



Osthandels „kein Ausbrechen aus der westlichen Embargo-Politik bedeuten soll“. Bis zu diesem Tag waren die Ost-Ausschuss-Vorbereitungen vertraulich abgelaufen. Mit den Medienberichten, die das Bundeswirtschaftsministerium initiiert hatte, um der Sache inhaltlich seinen Stempel aufzudrücken und die Tatkraft des Ministers zu dokumentieren, gab es nun kein Zurück mehr.

In den Medien ist die Bonner Begegnung mit Erhard in den Rang einer Gründungssitzung erhoben worden, die es formal nicht war. Auch die Sitzung am Vormittag in der VDMA-Vertretung ist in den Unterlagen immer nur als „Vorgespräch“ für das Erhard-Treffen bezeichnet worden. Es lässt sich bislang kein Protokoll dazu auffinden, was seltsam ist, denn die Akten wurden allgemein sehr aufwändig gesammelt. Sicherlich wurde über von Carnaps Entwurf der Ost-Ausschuss-Struktur geredet. Wenn die Teilnehmerliste stimmt, die am 1. Oktober 1952 zur Kenntnis gegeben wurde, haben 29 Personen am „Vorgespräch“ teilgenommen, darunter viele Unternehmer aus dem Maschinenbau und der Schwerindustrie und Vertreter der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, darunter bekannte Namen wie Menne, Schauke, Beutler, Meyer und von Carnap. Auch Otto Wolff von Amerongen steht auf der Liste.

In einer Vorlage von Meyer an BDI-Hauptgeschäftsführer Beutler vom 6. Oktober 1952 steht etwas unschlüssig, dass die „Vorbereitung“ am Vormittag „unter Vorsitz von Herrn Reuter oder Herrn Leipersperger oder Carstanjen“ stehen werde. Das beweist, dass Hans Reuter kurzfristig zum Sprecher der Gruppe bestimmt worden war und sich dann wohl auch Erhard gegenüber erstmals als eine Art Vorsitzender zu erkennen gab. Unterlagen über eine Wahl liegen nicht vor. Wer am Nachmittag aus der Gruppe bei Erhard vorsprach, lässt sich ebenfalls nicht genau rekonstruieren, nach verschiedenen Angaben waren es zwischen fünf und acht Personen.

Der 47-jährige Hans Reuter (1895-1982), Generaldirektor der Deutschen Maschinenbau AG, hatte 1940 das weltweit agierende Unternehmen von seinem Vater Wilhelm Reuter übernommen. Zum Kriegsende 1945 hin befand sich Reuter in Gestapo-Haft, weil er sich dem so genannten „Nero-Befehl“ Hitlers zur Zerstörung der industriellen Substanz Deutschlands verweigert haben soll. Die Alliierten befreiten ihn, um ihn kurz darauf nochmals einige Monate einzusperren, weil sie ihn als Repräsentanten der deutschen Rüstungsindustrie betrachteten. Ab 1946 durfte er sich im familieneigenen Unternehmen wieder betätigen. Reuters Vater war Anfang der 1930er Jahre – wie bereits beschrieben – bei den Aktivitäten des Rußlandausschusses prominent in Erscheinung getreten. Da setzte sich also eine Art von Familientradition fort, die ja auch bei Otto Wolff von Amerongen zum Tragen kam.

Da das Treffen mit Erhard in den Medien als Gründungssitzung gehandelt wurde, mag sich Reuter auch gegenüber dem Minister verpflichtet gefühlt haben, das Ehrenamt des Gründungsvorsitzenden dann auch auszufüllen. Motor der Entwicklung und im wesentlichen auch Herren des Verfahrens blieben aber die zwei agilen BDI-Mitarbeiter Meyer und von Carnap.

So ganz wusste Reuter nicht, worauf er sich da eigentlich eingelassen hatte. Mit Schreiben vom 11. Oktober 1952 erkundigte er sich zwei Tage nach dem Erhard-Treffen bei von Carnap erst einmal, wie das mit der institutionellen Anbindung des Ost-Ausschusses eigentlich gedacht sei, wie sich der zukünftige Vorstand zusammensetzen solle, welche Handelsabkommen mit dem Ostblock bereits existierten und wer im Bundeswirtschaftsminis-

terium eigentlich für was zuständig sei. Von Carnap lieferte die gewünschten Fakten mit Schreiben vom 14. Oktober 1952 nach. Der Ost-Ausschuss, so teilte er mit, sei ein „Sonderausschuss der Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der deutschen Wirtschaft“. Die Geschäftsführung liege beim BDI. Die Gremienbesetzung sollte demnach ein „Organisationskomitee“ erarbeiten und Reuter Vorschläge vorlegen. Namen gebe es da schon einige – erwähnt wurden etwa Menne, Senator Wenhold, Dietrich Wilhelm von Menges (Ferrostaal) und Otto Wolff von Amerongen. Es müsse da aber noch entlang der Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige austariert werden. Außerdem regte von Carnap an, die Arbeit mit einer Entsendung einer inoffiziellen Handelsdelegation in Länder wie Polen und Ungarn zu beginnen, mit denen (aus Zeiten der JEIA) bereits Abmachungen bestünden. „Es erscheint aber durchaus möglich, dass auch mit der UdSSR, China und Rumänien ein Austausch von Handelsdelegationen in nicht allzu ferner Zukunft erfolgen kann.“ Eine Prognose, die sich tatsächlich bald erfüllen sollte.

Am 14. Oktober 1952 erschien im Bundesanzeiger Nr. 199 ein Bericht über Erhards Treffen mit dem Ost-Ausschuss. Damit wurde amtlich, dass das Bundeswirtschaftsministerium den Ost-Ausschuss „als alleinige Vertretung der Gesamtwirtschaft für sein Aufgabengebiet betrachtet und zur Mitarbeit in allen wichtigen Fragen“ heranziehen wolle. Diese Formulierung war wortgleich aus einem Schreiben Reuters an Erhard vom 11. Oktober übernommen worden, das von Carnap formuliert hatte. In diesem Brief wurde gleichzeitig die ambitionierte außenwirtschaftspolitische Rolle des Ost-Ausschusses definiert „Bis zur Errichtung deutscher diplomatischer oder konsularischer Vertretungen in den Ostblockstaaten ist die Entsendung von Handelsdelegationen beabsichtigt, die durch den Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft im Einverständnis mit der Bundesregierung und den Alliierten gebildet werden.“ Hier erblickten sie das Licht der Welt: „Die Diplomaten der Wirtschaft.“<sup>47</sup>

### „Ost-Ausschuss-Casting“: Gremienbesetzung als Balanceakt

Meyer und von Carnap gingen nun daran, die Nominierungen von Seiten der Träger- und Branchenverbände für die Besetzung aller Gremien zu konsolidieren. Dabei war allerhand auszubalancieren. Große Verbände wie die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und der Verband der Chemischen Industrie wollten gleich Dutzende Positionen besetzen, kleinere Verbände kämpften darum, überhaupt dabei zu sein. Niemand wollte beim großen Ost-Ausschuss-Casting den Anschluss an den erhofften Osthandelsboom verpassen. Auch Unternehmen wollten Mitglied werden, es sollte aber zunächst nur bei Verbandsnominierungen bleiben, denn Verbände gab es mehr als genug.

In den Briefen entfaltet sich die ganze Vielfalt der Verbändelandschaft der jungen Bundesrepublik. Sogar die „Exportindustrie des südlichen Württemberg-Hohenzollern“ und der „Verband der Treibriemen-, technischen Lederartikel- und ASA-Industrie e.V.“ meldeten sich und wollten in diesem Ausschuss „unbedingt vertreten“ sein. Mehr Erfolgsaussichten hatte da die Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Die geteilte Stadt sollte schon aus politischen Gründen unbedingt berücksichtigt werden. Meyer und von Carnap warben Vertreter ein, hielten andere hin, wimmelten wiederum andere ab, bis die Farbbänder der Schreibmaschinen qualmten. Neben den Trägerverbänden, dem Vorstand und dem Hauptausschuss waren letztlich je drei Ländergremien – UdSSR,

China und ein Gremium für die übrigen Länder Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Albanien – sowie drei Sachgremien zu „Liefer- und Abnahmebedingungen“, „Schiedsgerichtsverfahren und sonstige Rechtsfragen“ und für „Fragen des Zahlungsverkehrs“ zu besetzen.

Interessant ist, dass eines der ersten Schreiben am 18. Oktober 1952 dem Bundesverband des Privaten Bankgewerbes galt. Damit wurden Bankenvertreter erstmals in die Aufstellung des Ost-Ausschusses mit aufgenommen. Der Bankenverband nominierte für die verschiedenen Gremien dann gleich acht Vertreter, an der Spitze mit Hermann Josef Abs, damals Mitglied des Vorstandes der Süddeutschen Bank, dann auch gleich den deutschen Star-Banker dieser Jahre schlechthin. Abs wurde Ende des Jahres sogar in den Ost-Ausschuss-Vorstand berufen und der Bundesverband des Privaten Bankgewerbes stieg zum Trägerverband auf.

Amüsant ist eine Telefonnotiz vom 31. Oktober 1952 mit dem Hinweis „Präsident Menne bekundete erneut sein Interesse, den stellv. Vorsitz im Ost-Ausschuss zu übernehmen, allerdings in der Erwartung, dass er einziger Stellvertreter wird“. „Einziger“ war dabei dick unterstrichen.

Über die prallen Nominierungslisten, die nicht nur von Carnap und Meyer zusammenstellten, sondern parallel auch noch der DIHT und der Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels als weitere Träger, beugte sich am 6. November 1952 in Bonn ein nicht näher spezifiziertes „Organisationskomitee“ unter Vorsitz von Hans Reuter. Und natürlich setzten unmittelbar danach Auseinandersetzungen über die Postenbesetzungen ein. Besondere Kämpfe wurden hier um den Arbeitskreis China ausgefochten. Wieder ganz vorne dabei war Wilhelm Alexander Menne (1904-

1993), der sich nicht nur als Stellvertretender Vorsitzender des Ost-Ausschusses erfolgreich in Stellung brachte, sondern auch noch einen Kandidaten der Chemie-Industrie als Vorsitzenden des China-Arbeitskreises durchzudrücken versuchte. „Wir befürchten erhebliche Differenzen mit Herrn Menne“, übermittelte Meyer eingeschüchtert an Reuter, wenn hier nicht nachgegeben werde.

Der selbstbewusste Menne war als Präsident der Chemischen Industrie und Vize-Präsident des BDI für den jungen Ost-Ausschuss unersetzbar. Im Zweiten Weltkrieg hatte Menne wegen „Wehrkraftzersetzung“ und der „Beleidigung des Führers“ für fast ein Jahr in Gestapo-Haft gesessen, in den Nachkriegsjahren war er dann an der Zerschlagung des NS-Konzerns IG Farben beteiligt und baute in Frankfurt die Hoechst AG auf. Er gehörte zu den ersten Trägern des Bundesverdienstkreuzes und hatte 1952 auch den Vorsitz der Gesellschaft zur Förderung des Deutsch-Amerikanischen Handels (FÖRDAH) übernommen. Er hatte also beste Kontakte zu den Westalliierten und verkörperte nun quasi West- und Osthandel in einer Person.

Dritte Säule im Ost-Ausschuss-Vorstand neben Reuter wurde der Bremer Senator Hermann Wenhold (1891-1976), der die Belange des DIHT als zweitem Spitzenverband vertrat und mit dem die Zusammenarbeit wesentlich geräuschloser funktionierte. Der vierte und letzte Vorstandsposten ging an Hermann Josef Abs (1901-1994) vom Bankenverband. Otto Wolff von Amerongen zog als Vertreter des Stahlhandels in den letztlich 42-köpfigen Hauptausschuss ein. Dort saßen 19 Industrievertreter, zwölf Vertreter des Handels, vier Vertreter der Berliner Wirtschaft, je zwei Vertreter von Banken, der Versicherungswirtschaft und des Verkehrs.<sup>48</sup>

Außen- und Innenansicht des Kölner Hotels Excelsior aus den 1940er Jahren. In dem Grand Hotel, das sich unweit des Kölner Doms befindet, hatte drei Jahre vor der Konstituierenden Sitzung des Ost-Ausschusses auch die Gründung des BDI stattgefunden. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Excelsior Hotel Ernst.





Zu den 42 Personen im Hauptausschuss und den vier Vorständen kamen noch die Mitglieder der sechs Arbeitskreise oder auch Unterausschüsse – beide Begriffe wurden verwendet. Auch für diese kursierten Listen mit bis zu 50 Namen allein für den Arbeitskreis Sowjetunion. Diese Listen wurden im weiteren Verlauf auf etwa 15 Namen pro Arbeitskreis eingedampft. Die Geschäftsführung dieser Arbeitskreise wurde unter verschiedenen Wirtschaftsverbänden aufgeteilt. Otto Wolff von Amerongen, dem der Vorsitz des Arbeitskreises Sowjetunion zufiel, wurde direkt von Karl-Wilhelm von Carnap betreut, der China-Arbeitskreis ging an den VDMA, der Arbeitskreis für die übrigen Länder an den DIHT, bei den drei Themenarbeitskreisen kamen die dafür passenden Fachverbände zum Zug.

Wo es Zusagen für Posten gab, musste es eigentlich auch Absagen geben. Damit tat man sich allerdings schwer, denn es drohte eine Welle des Unmuts durch das Land zu schwappen. Der Geschäftsführer des DIHT Altenburg schlug deshalb als Alternative eine „Generalversammlung“ aller von den Verbänden nominierten Personen vor, aus der heraus man dann je nach Kapazität noch weitere Personen für die einzelnen Arbeitsgruppen und den Hauptausschuss wählen könne.

### Letzter Akt: Hotel Excelsior, 17. Dezember 1952

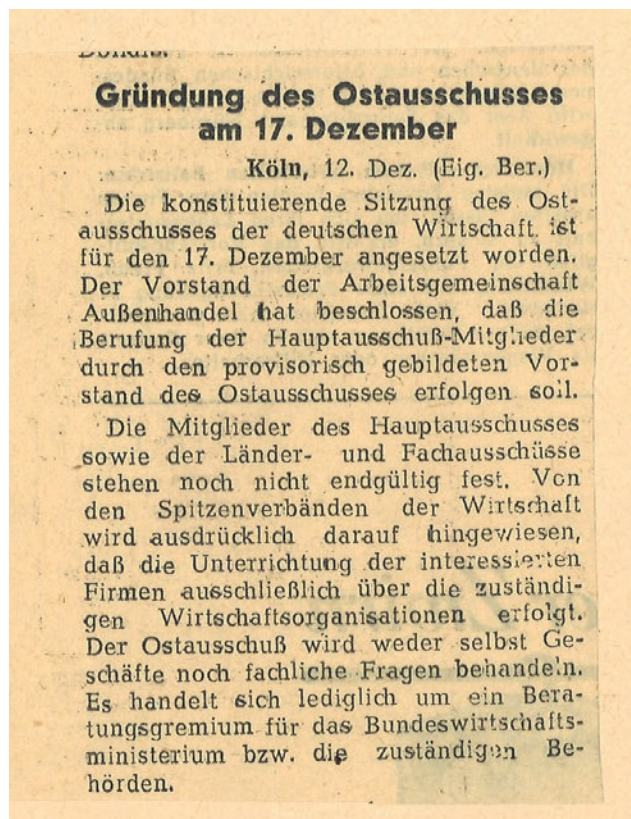
Anfang Dezember 1952 gingen im Namen Reuters Schreiben an die in den Hauptausschuss berufenen Vertreter heraus, die mit einer Einladung zu einer konstituierenden Sitzung am Mittwoch, den 17. Dezember 1952, 10:30 Uhr verbunden wurden, die standesgemäß im altehrwürdigen Hotel Excelsior, Kölns einzigem Grand Hotel, stattfand. Da einige Berufene kurz vor Weihnachten

Terminschwierigkeiten hatten, dürften insgesamt etwa 35 Personen aus dem Vorstand und dem Hauptausschuss bei dieser Sitzung zugegen gewesen sein, um den Ost-Ausschuss nun endlich richtig aus der Taufe zu heben. Wirklich zu wählen oder zu beschließen gab es allerdings nichts mehr, die Gremienbesetzungen einschließlich des Vorstands hatten die Beteiligten bereits im Vorfeld geklärt. Die Besetzung der einzelnen Arbeitskreise und eine mögliche Generalversammlung aller Interessierten verschob man ins kommende Jahr.

Reuter begrüßte die Anwesenden. Direkt nach ihm trat kein anderer als der Gesandte Kroll ans Rednerpult, um damit noch einmal die Patronage durch das Bundeswirtschaftsministerium zu unterstreichen. Danach folgte ein Fachvortrag von Professor Karl C. Thalheim, Wirtschaftswissenschaftler am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Nach dem Wirbel und den übersteigerten Erwartungen, die das Treffen mit Erhard im Oktober in Politik, Wirtschaft und Medien ausgelöst hatte, und die den Wirtschaftsvertretern selbst nicht recht geheuer waren, ging die eigentliche konstituierende Sitzung bewusst unspektakulär über die Bühne.

Man bemühte sich, die hohen Erwartungen an den Ost-Ausschuss wieder einzufangen. Dies zeigt die Randnotiz, die am 13. Dezember 1952 im Vorfeld des Treffens in „Der Welt“ erschienen war. „Es handelt sich lediglich um ein Beratungsgremium für das Bundeswirtschaftsministerium“, stand dort zu lesen. Im dreiseitigen Faktenblatt zur Entstehung des Ost-Ausschusses, das den Mitgliedern des Hauptausschusses am 17. Dezember mit auf den Weg gegeben wurde, stand am Ende: „Im Hinblick auf die vielen widersprechenden Verlautbarungen, die in der letzten Zeit über den Ost-Ausschuss in der Presse erschienen sind, würde

Zeitungsartikel vom 12. Dezember 1952 in der „Welt“ mit Ankündigung der konstituierenden Ost-Ausschuss Sitzung für den 17. Dezember. In: RWWA 175-2-3



es begrüßt werden, wenn Veröffentlichungen von alarmierenden Nachrichten, die in der Wirtschaft nur Verwirrung stiften können, freigehalten und nach Möglichkeit mit der Geschäftsführung des Ost-Ausschusses vorher abgestimmt werden.“

Geschäftsführer des Ost-Ausschusses war nunmehr offiziell Ernst-Wilhelm von Carnap mit Sitz in der damaligen BDI-Zentrale im Kaiser-Wilhelm-Ring 2-4 (ab Ende 1953 Habsburgerring 2-12) zu Köln. Und er sollte es bis 1960 auch bleiben. Nach dreijährigen Vorarbeiten waren er und Edgar H.P. Meyer nun endlich am Ziel und legten sich damit selbst ein schönes Weihnachtsgeschenk unter den Tannenbaum. Fein raus war auch das Bundeswirtschaftsministerium. Die gefundene Lösung passte geradezu idealtypisch zur Sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung kombinierte.

Die Bonner Beamten konnten sich einerseits Hoffnungen machen, dass sich die deutsche Handelsbilanz verbesserte. Gleichzeitig waren sie jetzt sowohl die Aufgaben, Regelungslücken im Osthandel zu füllen und die Aktivitäten deutscher Unternehmen im Hinblick auf Embargovorschriften einzuhegen, erst einmal in wichtigen Teilen an den Ost-Ausschuss losgeworden. Dieser holte das Ministerium damit auch aus der Zwickmühle, mit diplomatisch nicht anerkannten, kommunistischen Regierungen verhandeln zu müssen. Gleichzeitig gab das Ministerium aber weiterhin die Marschrichtung vor und band den Ost-Ausschuss sofort eng in Abstimmungsrunden ein. Sollte etwas schief gehen und zur Unzufriedenheit der Westalliierten, der Unternehmen oder der Öffentlichkeit laufen, konnte das Ministerium jetzt auf den Ost-Ausschuss verweisen. Der Staatssekretär im Auswärtigen

Amt Walter Hallstein nannte wenig später den Ost-Ausschuss ein Instrument, „das praktisch funktioniert, als ob es ein Organ der Bundesrepublik wäre“, der dortige Leiter der Handelspolitischen Abteilung Freiherr von Maltzan nannte ihn „eine Art Statthalter für behördliche Aufgaben“.<sup>49</sup>

Für diesen Service musste der Staat noch nicht einmal selbst Geld in die Hand nehmen. Es gab keine institutionelle Förderung durch die Bundesregierung und würde sie auch später nicht geben. Die Geschäftsführung stemmte im Wesentlichen der BDI, die Gremien waren ansonsten ehrenamtlich durch Unternehmer besetzt. Ehrenamt hieß gleichzeitig auch, dass die Unternehmer die nicht unerheblichen Reisekosten und Spesen selbst zu tragen hatten. Und für die Vorstände und Arbeitskreisleiter, die ja selbst meist Lenker von Unternehmen waren, ging das Engagement oft zu Lasten der eigenen Freizeit. Im Prinzip gilt dies für fast alle Vereine in der an Vereinen so reichen Bundesrepublik. Hier aber waren mitten im Kalten Krieg eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung zu tragen und sogar außenpolitische Aufgaben zu übernehmen, für die Diplomaten des Auswärtigen Amtes für gewöhnlich jahrelang ausgebildet wurden.

### Der Ost-Ausschuss liefert

Die Aussicht, bei besseren Osthandelsgeschäften vorne dabei zu sein und dazu unter dem Schutz einer Wirtschaftsorganisation zu stehen, war natürlich der zentrale Anreiz für die Unternehmen, die sich jetzt im neuen Gremium engagierten. Das bedeutete gleichzeitig, dass der Ost-Ausschuss entsprechend schnell seinen Nutzen für die Wirtschaft unter Beweis stellen musste. Von Carnap

Otto Wolff von Amerongen, der 1952 im Ost-Ausschuss den Arbeitskreis Sowjetunion übernahm, baute rasch ein belastbares Netzwerk in die deutsche und internationale Wirtschaft auf. Das Foto zeigt den BDI-Vorsitzenden Fritz Berg und (verdeckt dahinter) Wolff mit ihren beiden Ehefrauen bei der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt 1955. Foto: IMAGO/ZUMA/Keystone





setzte deshalb sein hohes Arbeitspensum fort. Laut dem BDI-Jahresbericht 1953 gab der Ost-Ausschuss einen laufenden „Rundschreibendienst“ heraus, mit dem Unternehmen und Verbände über „Entwicklungstendenzen im Ostraum“ sowie über die „Praxis der Abwicklung des Ostgeschäfts“ informiert wurden. Zudem beteiligte sich der Ost-Ausschuss an den „Ostwirtschafts-Mitteilungen“, die monatlich in Kooperation mit wissenschaftlichen Instituten erschienen.

Bereits im April 1953 nahm eine kleine Ost-Ausschuss-Delegation unter Führung von Wolff von Amerongen und von Carnap gemeinsam mit Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums als Sachverständige an der ECE-Ost-West-Handelskonferenz in Genf teil. Dort kam es bereits zu Sondierungen mit Vertretern der Sowjetunion über Möglichkeiten des Warenaustauschs und der Bezahlung. Neebe nennt dies die ersten direkten Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahr davor – etwa im Rahmen der Moskauer Weltwirtschaftskonferenz (April 1952) und bei Gesprächen eines Unternehmerkreises um Wolff von Amerongen in Kopenhagen (4. August 1952) – war es noch höchst konspirativ und rein privat zugegangen.<sup>50</sup> Der Ost-Ausschuss wurde von der Sowjetseite prompt zu einer Reise nach Moskau eingeladen, um die Gespräche zu vertiefen, was sich schließlich zu einem mittelschweren Politikum auswuchs. Bundeskanzler Konrad Adenauer verhinderte 1954 die Reise durch persönliche Intervention, um dann 1955 selbst zu seiner berühmten Moskau-Reise aufzubrechen<sup>51</sup>.

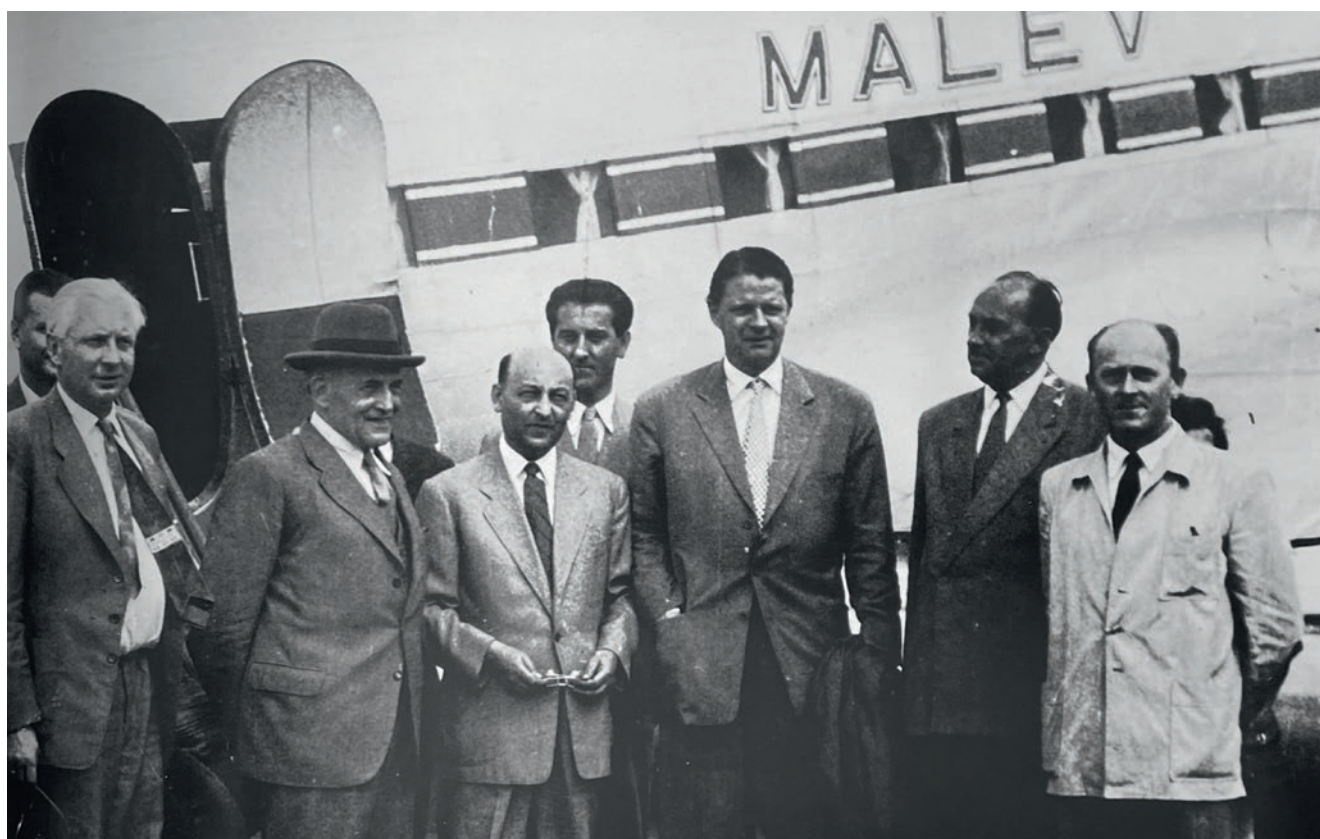
Diplomatisch weniger heikel war ein Handelsabkommen mit Rumänien, das der Ost-Ausschuss 1953 im Auftrag der Bundes-

regierung vorbereitete und dann Anfang 1954 in zweiwöchigen Verhandlungen in Wien final aushandelte. Zu dieser Ost-Ausschuss-Delegation gehörten neben Wenhold, Menne und Beutler auch wiederum Otto Wolff von Amerongen und Geschäftsführer von Carnap, die sich offenbar prächtig verstanden. Das dürfte auch am Alter gelegen haben, mit dem sich die beiden von den anderen Beteiligten deutlich abhoben. Wolff von Amerongen, der bereits 1940 im Alter von 22 Jahren vor der Aufgabe stand, das familieneigene Stahlhandelshaus von seinem früh verstorbenen Vater Otto Wolff zu übernehmen, war bei Gründung des Ost-Ausschusses 34 Jahre alt, von Carnap 41.

Während der Gründungsvorsitzende Hans Reuter bei diesen Verhandlungen nicht in Erscheinung trat, setzte Wolff also sichtbar Akzente und baute weitreichende Netzwerke in die deutsche und internationale Wirtschaft auf. So war es naheliegend, dass Reuter ihn 1955 als seinen Nachfolger als Ost-Ausschuss-Vorsitzender vorschlug – ein Amt, das Wolff im Grunde schon ausfüllte, ehe er es übernommen hatte, und das er danach 45 Jahre lang bis ins Jahr 2000 nicht wieder abgeben würde.<sup>52</sup>

In den Wiener Verhandlungen mit Rumänien fand auch erstmals eine Verknüpfung von wirtschaftlichen Interessen und humanitären Zielen statt, wie sich Wolff später erinnerte. So wurden die Wirtschaftsverhandlungen auch genutzt, um die Frage einer Ausreise von Rumäniendeutschen anzusprechen.<sup>53</sup> Die Möglichkeit, Wirtschaftskontakte für die Lösung humanitärer Aufgaben einzusetzen, entwickelte sich danach schnell zu einem strategischen Ansatz der deutschen Außenpolitik. Je erfolgreicher und attraktiver die bundesdeutsche Wirtschaft wurde, desto stärker

Ost-Ausschuss-Reisegruppe auf dem Weg zu Gesprächen mit Rumänien. In der Bildmitte ist Otto Wolff von Amerongen zu erkennen.  
Foto: Fotoalbum zum 60. Geburtstag von Otto Wolff (DIHT)





wurde hier auch die Verhandlungsposition der Bundesregierung. Offen zutage trat die Strategie bei den Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Handelsvertrag 1957/58, zu dem am Ende auch ein Abkommen gehörte, das die Ausreise tausender so genannter Volksdeutscher aus der Sowjetunion ermöglichte. Diese Verhandlungen konnte die Bundesregierung selbst führen, da nach Adenauers Moskauer Reise offizielle diplomatische Beziehungen aufgenommen worden waren. Der Ost-Ausschuss hatte aber die Vorarbeiten geleistet und wurde an den wochenlangen Verhandlungen im Moskauer Hotel Ukraina intensiv beteiligt.<sup>54</sup>

Neben Rumänien und der Sowjetunion hatte Hans Kroll von Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums anlässlich des seinerzeitigen „Gründungstreffens“ mit Ludwig Erhard vor allem auch die Regelung der Wirtschaftsbeziehung mit dem kommunistischen China ins Aufgabenheft des Ost-Ausschusses geschrieben. Hier gelang dem jungen Verband sein diplomatisches Meisterstück: Nachdem 1955 und 1956 Gesprächsfäden über die chinesische Botschaft in Ost-Berlin geknüpft werden konnten und erste Vertragsentwürfe ausgetauscht waren, erreichte am 1. September 1957 eine neunköpfige Ost-Ausschuss-Delegation mit Flug von Köln aus die britische Kolonie Hongkong. Es folgte eine achttägige Bahnfahrt nach Peking. Für Otto Wolff, der von den wichtigsten Köpfen des Arbeitskreises China begleitet wurde, schloss sich hier ein Kreis, hatte doch sein Vater einst seinen Beitrag zum Aus-

bau des chinesischen Eisenbahnnetzes geleistet. In Peking wurde drei Wochen lang intensiv verhandelt, bis Visa-Fragen, Patentschutz, Zahlungsmodalitäten und die Einbeziehung West-Berlins – dessen internationaler Status umstritten war – geklärt waren. Am 27. September 1957 konnten Wolff und der Leiter des chinesischen Handelskomitees Nan Han-Chen die Verträge feierlich unterzeichnen, 15 Jahre bevor Deutschland und China erstmals diplomatische Beziehungen aufnahmen.<sup>55</sup>

Auf einem der Fotos von der historischen Vertragsübergabe öffnet sich wie zufällig eine Lücke. Sie gibt den Blick auf den seinerzeitigen Leiter des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Heinrich Köhler (Bayer AG) sowie einen gutmütig lächelnden Herrn mit dunkler Krawatte frei, von dem heute kaum mehr sonst ein Bild zu finden ist und der hier plötzlich einmal im Bildmittelpunkt steht. Wie so oft hat er sich dezent im Hintergrund gehalten. Jetzt scheint er die Situation still zu genießen. Wir wissen heute fast nichts mehr über ihn, nur dass er zusammen mit Edgar H.P. Meyer wohl der größte „Held“ der Vor- und Frühgeschichte des Ost-Ausschusses ist; ohne dessen unermüdliche Arbeit es den Ost-Ausschuss in seiner heutigen Form nicht geben würde, vielleicht sogar nie gegeben hätte. Auch für ihn muss an diesem Tag ein langer Weg zu Ende gegangen sein, von den ersten Briefen, Konzeptentwürfen und Namenslisten im BDI-Büro im Kölner Kaiser-Wilhelm Ring 2-4 bis zu diesem Tag 8.000 Kilometer entfernt in Peking: Ernst-Wilhelm von Carnap.

25. April 1958: Unterzeichnung des ersten deutsch-sowjetischen Handelsabkommens im Welsaal des Auswärtigen Amts in Bonn.  
Foto: OA-Archiv





### Blick zurück nach vorn

Mit den Abkommen in den 1950er Jahren setzte tatsächlich eine Belebung des Osthandels ein. Die Steigerungsraten waren enorm, das Ausgangsniveau aber auch entsprechend niedrig. Das alte Niveau des Osthandels wurde bis 1989 nicht erreicht, er trug maximal sechs bis acht Prozent jährlich zur gesamten Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik bei, denn das politische Umfeld blieb schwierig und die CoCom-Sanktionsliste bis in die 1990er Jahre mit gelegentlichen Veränderungen in Kraft.

Dies änderte sich erst nach dem Mauerfall, dem Zerfall der Sowjetunion und der Transformation vieler mittel- und osteuropäischer Staaten in Marktwirtschaften nach westeuropäischem Vorbild. Die inzwischen 29 Ost-Ausschuss-Länder erreichten zuletzt 2021 einen stolzen Anteil von fast 20 Prozent am deutschen Außenhandel (wobei davon allein auf Polen rund fünf, auf Tschechien über drei und auf Russland unter zwei Prozent entfielen). Nimmt man China hinzu, das seit den 1990er Jahren durch den Asien-Pazifik-Ausschuss betreut wird, liegt der Anteil des Osthandels heute sogar bei fast 30 Prozent. In allen diesen Ländern sind längst Vertretungen der deutschen Wirtschaft bis hin zu großen Auslandshandelskammern präsent, denen der Ost-Ausschuss mit seiner Arbeit in den vergangenen 70 Jahren den Boden bereitet hat.

Ausgerechnet dieses Ost-Ausschuss-Jubiläumsjahr 2022 ist nun zu einer tiefen Zäsur geworden. Die Geschichte scheint sich auf erschreckende Weise zu wiederholen. Krieg, Embargolisten, Teilung der Welt, Atomgefahr, Armageddon – Berichte von heute lesen sich wie Artikel aus den 1950er Jahren. Der russische Angriff auf die Ukraine wirft große Fragen auf, auch zur Zukunft des deutschen Außenhandels. Vielleicht hilft zu deren Beantwortung auch dieser Blick auf die Vor- und Frühgeschichte des Ost-Ausschusses. Diplomaten der Wirtschaft und Treuhänder zwischen Wirtschaft und Politik, die den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg mit gesamtgesellschaftlichen Zielen in Deckung bringen, werden heute sicher nicht weniger gebraucht als damals.

Der Autor ist Leiter für Public Affairs im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und studierter Historiker. Neben Aufsätzen zu wirtschaftshistorischen Themen veröffentlichte er das Buch „Die ungleichen Gründerväter – Adenauer und Erhards langer Weg an die Spitze der Bundesrepublik“, Konstanz 1997

Am 27. September 1957 unterzeichnen Otto Wolff von Amerongen und Nan Han-Chen das erste deutsch-chinesische Handelsabkommen nach dem Krieg. Der Mann in der Bildmitte mit der dunklen Krawatte ist Ernst-Wilhelm von Carnap. Foto: KEYSTONE / Keystone



## Fußnoten

- <sup>1</sup> Karsten Rudolph, *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg: die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991*, Frankfurt/New York 2004, S. 7.
- <sup>2</sup> Sven Jüngerkes, *Diplomaten der Wirtschaft, Die Geschichte des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft*, Osnabrück 2012.
- <sup>3</sup> Karl-Heinz Schlarp, *Das Dilemma des Westdeutschen Osthandels und die Entstehung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft 1950-1952*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* Jahrgang 41 (1993), Heft 2, S. 230.
- <sup>4</sup> Rudolph, S. 13ff.
- <sup>5</sup> Coordinating Committee on Multilateral Export Controls – Wikipedia, letzter Abruf am 10.5.2022.
- <sup>6</sup> Schlarp, S. 233. Der Tod Stalins und das Ende des Korea-Krieges sorgten danach für etwas Entspannung.
- <sup>7</sup> Neben Rudolph und Jüngerkes gibt es weitere Forschungsarbeiten zur Frühzeit des Ost-Ausschusses, auch aus dem Ausland, darunter: Robert Mark Spaulding, *Osthandel and Ostpolitik: German Foreign Trade Policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer*, New York/Oxford 1997; Eva Rezková, *Wandel durch Handel. Die Wegbereiter der Ostpolitik in den 50-er und 60-er Jahren*. Diplomarbeit an der Karls-Universität in Prag 2015, Online: [DieWegbereiterEVI\[2\]x \(cuni.cz\)](http://www.cuni.cz), zuletzt abgerufen am 8. Mai 2022.
- <sup>8</sup> Schreiben von Meyer und von Carnap vom 23.1.1951 an Herrn Direktor Schauke, in: RWWA, 175-2-3.
- <sup>9</sup> Hinweis aus einem Gespräch mit der Archivarin des BDI Susanne Witsch-Beyer.
- <sup>10</sup> Reinhard Neebe, *Optionen westdeutscher Außenwirtschaftspolitik 1949-1953*, S.175-178, Online: [10.1524\\_9783486595215.163.pdf](http://www.10.1524_9783486595215.163.pdf), letzter Abruf 11.5.2022.
- <sup>11</sup> Online: *Joseph McCarthy Brief an Präsident Truman (1950)* (alphahistory.com), letzter Abruf 8.Mai 2022. McCarthy, der den Kampf gegen (vermeintliche) Kommunisten in den USA zu seinem politischen Markenzeichen machte, sollte damit eine ganze Ära prägen, die etwa bis 1956 reichte und heute als eher düsteres Kapitel der US-Geschichte gilt.
- <sup>12</sup> Neebe, S. 181ff.
- <sup>13</sup> Zum Beispiel der deutsch-russische Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 10. Februar 1894.
- <sup>14</sup> Andrei Sobolev, *The 100th anniversary of the Russian Trade and Economic Bureau in Germany - Diplomat magazine*, letzter Abruf am 8. Mai 2022.
- <sup>15</sup> M. Busemann, Vorwort zum Buch von Dr. Ludwig Lehrfreund, *Die Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen* | Lexikus, letzter Abruf am 8. Mai 2022. Lehrfreund hatte da gerade eine mehrjährige Kriegsgefangenschaft in Russland hinter sich, während der er in schwedisch-russischen Import-Gesellschaften tätig war und weite Reisen durch Sibirien unternehmen konnte. Der damalige Syndicus des „deutsch-russischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen“ M. Busemann pflichtete Lehrfreunds positiver Einschätzung bei und wusste sogar zu berichten, dass sich in der Sowjetunion längst die Kenntnis breitgemacht habe, „dass Produktion, Industrie und Handel, kurz, das gesamte Wirtschaftsleben nur bei freier Entfaltung der Kräfte des Einzelnen gedeihen kann ...“
- <sup>16</sup> Zitiert nach Pjatakow-Abkommen – Wikipedia, letzter Abruf am 8. Mai 2022.
- <sup>17</sup> Karl Helmer, *Der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft*, in *Zeitschrift Osteuropa*, Jahrgang 2, Nummer 3 (Juni 1952), Seite 177-180.
- <sup>18</sup> Hans-Jürgen Perrey, *der Russlandausschuß der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit*, München 1985. Zitiert nach: [5216-Artikeltext-5216-1-10-20200124\(2\).pdf](http://www.5216-Artikeltext-5216-1-10-20200124(2).pdf), letzter Abruf 8.5.2022.
- <sup>19</sup> Ein Bericht zu dieser Russland-Reise und sogar Bildmaterial finden sich in der Festschrift *100 Jahre Klöckner&Co*, [kloeckner\\_jubilaeumsmagazin\\_DE.pdf](http://www.kloeckner_jubilaeumsmagazin_DE.pdf), letzter Abruf 8. Mai 2022.
- <sup>20</sup> Die Aktivitäten des Rußlandausschusses Anfang der 1930er Jahre fasst der damalige Vorsitzende Hans Kraemer in diesem Beitrag zusammen: Hans Kraemer, *Neue Grundlagen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen*, in: *Osteuropa*, Band 7, Nr. 11 (August 1932), S. 627-632, siehe auch *Pjatakow-Abkommen* – Wikipedia, letzter Abruf 9. Mai 2022.
- <sup>21</sup> Die Zahlen listet *Der Spiegel* in der Ausgabe 12/1957 in einem Interview mit dem Unternehmer Erwin van Hazebrouck auf: *JEDER EINMAL IN MOSKAU - DER SPIEGEL*, letzter Abruf 9.5.2022.
- <sup>22</sup> Siehe Anmerkung im Aufsatz von Schlarp, S.225.
- <sup>23</sup> Vgl. *Bianka Pietrow-Ennker, Die Sowjetunion in der Propaganda des Dritten Reiches: Das Beispiel der Wochenschau*, Online: [10.1524\\_mgz.1989.46.2.79.pdf](http://www.10.1524_mgz.1989.46.2.79.pdf), letzter Abruf 10.5.2022.
- <sup>24</sup> Schreiben von Schauke vom 8. Februar 1950, in: RWWA, 175-2-3.
- <sup>25</sup> In einem weiteren Schreiben vom 10. Februar 1951 beschrieb Schauke die Notwendigkeit einer starken Geschäftsführung, diese müsse „weitestgehend freie Hand und Selbständigkeit“ besitzen und „bei jeder neuen Situation mindestens im Anfangsstadium den richtigen Weg“ einschlagen. In: RWWA, 175-2-3.
- <sup>26</sup> Zitiert nach Schlarp, S. 234.
- <sup>27</sup> Im Interview mit dem Spiegel schwärmt der Osthändler Erwin van Hazebrouck geradezu von seinen Kontakten Anfang der 1950er Jahre mit der Sowjetunion, in: *JEDER EINMAL IN MOSKAU - DER SPIEGEL*, letzter Abruf 9.5.2022; siehe auch: *Ein Asiat in Bonn, Der Spiegel* 17/1958. In diesem Porträt des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion Anastas Mikojan anlässlich der Unterzeichnung des Deutsch-Sowjetischen Vertrages von 1958 wird eine direkte Linie zur Zusammenarbeit in den 20er und 30er Jahren gezogen.
- <sup>28</sup> Die Inschrift wird zitiert im Artikel „China ehrt Otto Wolff“ in der *Deutschen Bergwerks-Zeitung* vom 28. August 1940.
- <sup>29</sup> Aktennotiz für Herrn Dr. Beutler (Geschäftsführer des BDI) für die Besprechung mit Herrn Kuhlemann am 19.1.1951, ebenda.
- <sup>30</sup> Ebenda.
- <sup>31</sup> Jüngerkes, S. 33.
- <sup>32</sup> RWWA, 175-2-3.
- <sup>33</sup> „Aufzeichnung“ zu den Inhalten der Sitzung vom 14.2.1951 (von Mirbach), in: RWWA, 175-2-3.
- <sup>34</sup> Einladungsschreiben vom 27.2.1951 an zehn Verbandsvertreter, darunter auch Lange, VDMA; in: RWWA, 175-2-3.
- <sup>35</sup> Den Fall schildert Neebe, S.185.
- <sup>36</sup> So betrug der Anteil der Oststaaten an der deutschen Gesamtausfuhr im Jahre 1936 rund 16 Prozent. Dieser Anteil sei im Jahre 1952 auf 1,75 % gesunken. Ähnlich lägen die Verhältnisse bei der deutschen Einfuhr aus dem Ostraum, siehe BDI-Jahresbericht 1953.
- <sup>37</sup> Neebe, S. 187f.
- <sup>38</sup> Ebenda, S 189.
- <sup>39</sup> Schreiben von Beutler an Ministerialdirektor Dr. Graf vom 26. April 1952, in: RWWA 175-2-3.
- <sup>40</sup> Vgl. Schlarp; S. 263.
- <sup>41</sup> Jüngerkes, S. 38.
- <sup>42</sup> Schreiben an die Mitglieder des Vorbereitenden Ostausschusses des Deutschen Industrie- und Handelskammertages vom 8.7.1952, in: RWWA, 175-2-3.
- <sup>43</sup> RWWA 175-2-3.
- <sup>44</sup> Aussenhandels-Mitteilungen Nr. 78/52, RWWA 175-2-3.
- <sup>45</sup> Brief von Walther Dihlmann an Edgar Meyer vom 6. Oktober 1952; in ebenda.
- <sup>46</sup> Fernschreiben vom 1. Oktober 1952 von Meyer für Herrn Menne, in: RWWA 175-2-3.
- <sup>47</sup> Schreiben Reuters an Bundeswirtschaftsminister Erhard vom 11. Oktober 1952, zitiert nach Jüngerkes, S. 42.
- <sup>48</sup> Arbeitsgemeinschaft Aussenhandel – Ost-Ausschuss – Liste der nominierten Hauptausschuss-Mitglieder, in: RWWA 175.-2-3.
- <sup>49</sup> Zitiert nach Schlarp, S. 268.
- <sup>50</sup> Neebe, S. 192; Schlarp, 259f.
- <sup>51</sup> Siehe dazu das Kapitel bei Jüngerkes, S. 56 - 86 .
- <sup>52</sup> Zu den damaligen diplomatischen Aufgaben des Ost-Ausschusses siehe auch: *Otto Wolff von Amerongen, Außenwirtschaft und Außenpolitik: Aus den Anfängen des deutschen Osthandels nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Osteuropa*, Band 29, Nr. 5 (Mai 1979), S. 419-424.
- <sup>53</sup> Jüngerkes, S. 86 - 93.
- <sup>54</sup> Von Carnap war Teil der deutschen Verhandlungsdelegation in Moskau, siehe Jüngerkes, S.93-116.
- <sup>55</sup> Zu den China-Verhandlungen siehe Jüngerkes, 141-150.



# Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der Deutschen Wirtschaft

## Ost-Ausschuß

Vorsitzender: Generaldirektor Dr. H. Reuter i. Fa. Demag, Duisburg  
Stellvertreter: Präsident Dr. W. A. Menne i. Fa. Farbwerke Hoechst, Frankfurt/M.-Hoechst  
Senator a. D. H. Wenhold i. Fa. C. F. Corssen & Co., Bremen  
Hermann J. Abs, Süddeutsche Bank, München

### Hauptausschuß (von der Industrie entsandte Mitglieder):

Dr. Curt Becker, i. Fa. Clemens August Becker, M.-Gladbach  
Direktor Max Benschaid, i. Fa. Alexanderwerk AG., Remscheid  
Dr. Wilhelm Borner, i. Fa. Schering AG., Berlin N 65  
Baron Brockdorff, i. Fa. Rosenthal-Isolatoren-GmbH, Selb/Ofr.  
Direktor Richard Carstanjen, i. Fa. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Nürnberg  
Direktor Dr. Graeff, i. Fa. Schiess AG., Düsseldorf-Oberkassel  
Dr. Erich Grages, i. Fa. Deutsche Erdöl AG., Hamburg  
Direktor H. Gruhner, i. Fa. AEG, Berlin-Grünwald  
Direktor C. Haiblen, i. Fa. Felten & Guillaume Carls-  
werk, Eisen u. Stahl AG., Köln-Mülheim  
Direktor Dr. h. c. Dipl.-Ing. Jakopp, i. Fa. Klöckner-  
Humboldt-Deutz AG., Köln-Deutz  
Direktor H. Köhler, i. Fa. Farbenfabriken Bayer,  
Leverkusen

Heinrich Krumm, i. Fa. Ludwig Krumm AG., Offen-  
bach/Main  
Direktor K. Lange, i. Verein Deutscher Maschinen-  
bau-Anstalten, Frankfurt/Main  
E. G. v. Langen, i. Fa. Pfeiffer & Langen, Köln  
Direktor Dr. Leipersberger, i. Fa. Siemens-Schuckert-  
werke, Erlangen  
Direktor Nett, i. Fa. Kettenwerke Schlieper GmbH,  
Grüne/Westf.  
Direktor H. Polenz, i. Fa. Rheinische Röhrenwerke  
AG., Düsseldorf  
Direktor Dr. Schleier, i. Fa. Gebr. Eickhoff, Maschi-  
nenfabrik und Eisengießerei mbH., Bochum  
Direktor Schmitz, i. Fa. Ruhrstahl AG., Witten/Ruhr  
Werner A. Sostmann, i. Fa. Harburger Ölwerke  
Brinckmann & Mergell, Hamburg-Harburg  
Präsident Otto A. H. Vogel, i. Fa. Julius Schürer AG.,  
Augsburg  
Präsident Chr. H. Wolf, i. Fa. Wolf & Bangert,  
Remscheid

Geschäftsführer: E. W. v. Carnap, BDI, Köln, Habsburgerring 2-12

### 1. Arbeitskreis China

Vorsitzender:  
Direktor Köhler, Farbenfabriken Bayer, Leverkusen

Geschäftsführer:  
R. Audouard, Verein Deutscher Maschinenbau-Anstal-  
ten, Frankfurt/M.  
D. E. Gross, Ostasiatischer Verein Hamburg-  
Bremen e.V., Hamburg

### 2. Arbeitskreis UdSSR

Vorsitzender:  
Otto Wolff v. Amerongen, i. Fa. Otto Wolff, Köln

Geschäftsführer:  
E. W. v. Carnap, BDI, Köln, Habsburgerring 2-12

### 3. Arbeitskreis Europäische Ostblockstaaten

Vorsitzender:  
Alfred Toepfer, i. Fa. Alfred C. Toepfer, Hamburg

Geschäftsführer:  
Dr. Altenburg, DIHT, Bonn

### 4. Arbeitskreis Liefer- und Abnahmebedingungen

Vorsitzender:  
Direktor Lange, Verein Deutscher Maschinenbau-  
Anstalten, Frankfurt/M.

Geschäftsführer:  
Dr. Kappel, VDW, Frankfurt/M.

### 5. Arbeitskreis Zahlungsverkehr

Vorsitzender:  
Direktor Wegener, Bankverein Westdeutschland,  
Düsseldorf

Geschäftsführer:  
A. Hanenberg, Gesamtverband des Deutschen Groß-  
und Außenhandels, Bonn

### 6. Arbeitskreis Rechtsfragen

Vorsitzender:  
Dr. Wernicke, i. Fa. Zellstofffabrik, Waldhof, Wies-  
baden

Geschäftsführer:  
Dr. Wolfgang Froehlich, BDI, Köln, Habsburger-  
ring 2-12



# Baustoffe für die Zukunft

Seit dem Jahr 1873 steht der Name HeidelbergCement für Qualität und Kompetenz, wenn es um hochwertige Baustoffe geht. Mit unseren Aktivitäten im Zement-, Zuschlagstoff- und Betonbereich sind wir heute mit rund 51.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 3.000 Standorten in der Welt präsent. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht seit jeher die Verantwortung für die Umwelt. Als Vorreiter auf dem Weg zur CO<sub>2</sub>-Neutralität arbeiten wir intensiv an nachhaltigen Baustoffen und Lösungen für die Zukunft.